Einzelpreis 250 Mark

Halle, Montag, den 25. Juni

Jahrg. 1923 • Nr. 145

Schriftleitung: Harz 42/44. Hinterh. II. Fernruf 4667. Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit dem täglich. Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Den Frauen" und „Unserer Jugend". Unverlangt eingesandt. Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Sprechstunden der Redaktion: mittags von 12 bis 1 Uhr. Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan der genossenschaftlich. u. gewerkschaftl. Organisat. u. amtl. Organ verschied. Behörden.

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4805 Buchhandlg. u. Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstr. 27. Postscheckkonto Nr. 208 19 Erfurt. — Bezugspreis: wöchentlich 1800 Mark, monatlich 5200 Mark und 400 Mark bzw. wöchentlich 100 Mk. Zustellungsgeb. Für Selbstabhol. 3200 Mk. i. Monat. Durch die Post bez. mon. 5400 Mk. einschl. d. fäll. Nachz. Anzeigenpreis: Die 10gesp. Millimeterzeile 400 Mk., als Reklame i. Textteil 2000 Mark. Anz.-Annahme bis 9 Uhr vorm. f. d. laufe. Nr.

Frankreichs Rheinlandpläne.

Sensationelle Enthüllungen.

Dorten soll als Agent Frankreichs einen „autonomen" Rheinlandstaat schaffen. • „Der einzige Mann, der Frankreichs Geschick am Rhein erfüllen könne" • Verhandlungen mit dem bayrischen Bauernkönig Heim.

London, 24. Juni. (Sonderdrahtmeldung des WTB.)

Der „Observer" veröffentlicht heute sensationelle Enthüllungen über die französischen Pläne über die Lostrennung des Rheinlandes vom Reich. In einem vom 16. April 1923 datierten Geheimbericht des französischen Oberkommissars im Rheinland an seine Regierung befaßt sich der Oberkommissar mit den Anstrengungen des französischen Oberkommissariats und des Führers der rheinischen Separatisten, um ihr Ziel, die Lostrennung der Rheinlande, zu erreichen. Der als persönlich und vertraulich bezeichnete Geheimbericht erwähnt, daß der Verfasser des Berichts im Mai 1921 mit der Aufgabe betraut wurde, mit Dr. Dorten in Fühlung zu treten. Mit Unterstützung des Oberkommissars habe Dorten seine Anhänger zusammenbekommen, ihre Begeisterung hochhalten, seine Propaganda betreiben und Zeitungen gründen können. Das Oberkommissariat habe aber seine Zusammenarbeit mit Dorten offiziell nicht zugeben dürfen. Infolgedessen sei Dorten allmählich auf das Niveau eines untergeordneten Agenten in französischem Solde herabgesunken. Seine Hände im antipreußischen, aber durch und durch deutschen Rheinlande hätten es verstanden, diese Tatsache als tödliche Waffe zur Beeinflussung der rheinischen Republik zu benutzen.

Dorten habe versucht, Beziehungen zwischen Frankreich und den Industrien des Rheinlandes herzustellen. In Wiesbaden habe er das „gemischte Bureau" und später den „Rheinischen Verein" gegründet. Der Bericht erklärt, obgleich diese Versuche äußerst energisch vom Kommissariat unterstützt wurden, blieben sie fruchtlos.

Es heißt weiter, Dorten habe die rheinische separatistische Bewegung mit den übrigen separatistischen Mittelpunkten des besetzten Deutschlands zu verbinden versucht. Er sei in Verhandlungen mit Dr. Heim, dem „König der bayerischen Bauern", getreten. Dorten sei aber gezwungen gewesen, seine Verhandlungen aufzugeben. Er sei dem Programm treu geblieben, das er allmählich für die Schaffung eines autonomen Bundesstaates innerhalb des Reiches ausgearbeitet hatte. Aber, so fährt der französische Oberkommissar fort, dies verfolgte, wie er wiederholt sagte, den Zweck, das Unbehagen der Mehrheit seiner Anhänger zu beruhigen, die zwar antipreußisch aber doch deutsch, eine verhüllte Annexion befürchteten. Nach Dortens Ansicht konnte ein solches Erzeugnis nicht Bestand haben und würde bald ersetzt werden durch einen unabhängigen Staat mit Anlehnung an Frankreich. Der Bericht fährt fort, Dorten habe vor kurzem eine große Anstrengung im Ruhrgebiet gemacht und habe ein Sekretariat in Düsseldorf gegründet.

Der Bericht befaßt sich dann mit Dortens Aktionsmethoden. Da Dorten gefunden habe, daß große Ausschüsse „Indiskretionen begünstigten", berufe er nur die Häupter der Bezirke, seinen vertraulichen Generalstab, ein, durch die die Beschlüsse den unteren Rängen übermittelt wurden. Dortens Arbeit beschränkte sich auf die ländliche Bevölkerung und den Mittelstand. Propaganda unter den Arbeitern, so sagte Doreten, könnte zu sozialistischer Gegenoffensive führen. Der Oberkommissar erklärt weiter, im Verkaufe von Unterredungen habe er mit gewissen Vertrauensleuten Dortens, wie Grand-Ry und Dahlen von Aachen, Müger von Köln und Simon von Wiesbaden, gehabt. Er habe sehen können, daß Dorten als der einzige Führer betrachtet werde, der in der Lage sei, die rheinische Bewegung zu einem erfolgreichen Ziele zu bringen.

Der Bericht fährt fort, Ende Februar 1923 habe das Oberkommissariat Dr. Dorten vorgeworfen, daß er nichts tue, um die separatistische Bewegung zu entwickeln, daß er wissentlich ihre Bedeutung übertreibe und die französischen Anstrengungen im Ruhrgebiet mit einem vollständigen Mangel an Aktivität im Rheinland erwidere. Der Verfasser des Berichts, der Dorten gegen diese Anwürfe in Schutz nimmt, erklärt, viele Agenten Dortens hätten wirklich Energie gezeigt und hätten unter Führung Dortens einige zweifellos interessante Ergebnisse erzielt. Der Berichterstatter fährt fort, die Persönlichkeit jedoch, die bisher den größten Einfluß auf Dr. Dorten ausübte und mit ihm immer in sehr engen Beziehungen blieb, war General Mangin. Dorten habe den General als den Mann angesehen, der als einziger fähig sei, Frankreichs Geschick am Rhein zu erfüllen.

Der Bericht schließt, die Gründung des Rheinlandstaates werde natürlich nicht ohne Widerstand erfolgen. Die Arbeiter und die ehemaligen Kriegsteilnehmer, alle diese Elemente übten eine Rückwirkung aus. „Andererseits verfüge Dorten über eine Organisation, die für uns nützlich sein wird. Schlimmstenfalls könnte Dorten den Franzosen wertvolle Informationen liefern, sowohl bezüglich der Leute als auch bezüglich ihrer Behandlungsweise." Es würde ein Fehler sein, sich seiner Hilfe zu berauben, besonders da Dorten sich selbst den Rückzug abgeschnitten habe, denn in Paris habe er seine Politik als in voller Uebereinstimmung mit Frankreich befindlich bezeichnet.

•

Was die englische Zeitung hier enthüllt, ist an sich nicht neu. Interessant sind höchstens die Einzelheiten des Dortenschen Feldzugsplanes, weshalb wir uns vorbehalten, morgen ausführlicher zu ihnen Stellung zu nehmen.

Eine englische Stimme über Frankreichs Katastrophenpolitik.

London, 25. Juni. (WTB.) Carwin befaßt sich im „Observer" eingehend mit den von dem Blatte veröffentlichten Enthüllungen über die französischen Rheinlandpläne. Er hofft, daß diese Enthüllungen mindestens einigen Franzosen die Augen öffnen werde. Die französischen Separatisten würden sich mit der Tatsache der deutschen Einheit abfinden müssen, selbst wenn sie diese nicht erkennen wollten. Solange der Geist des jetzt veröffentlichten Dokumentes die französische Politik leite, könne nichts die Katastrophe abwenden, die Frankreich und Europa bedrohe.

Stahlhelm-Aufmarsch in Mansfeld!

Ein blutiger Johannistag. • Zusammenstöße mit der Eisleber Arbeiterschaft.

Eisleben, den 25. Juni.

Bis hoch in den Herbst hinein sind die Stahlhelm-Stoßtrupps, wir meinen in diesem Falle die von Ort zu Ort reisenden „ehemaligen Frontsoldaten" — viele haben davon allerdings die Front nicht gesehen —, Sonntag für Sonntag belegt, um in Mitteldeutschland — am nächsten Sonntag in Magdeburg — dem „Stahlhelmgedanken" werbende Kraft zu geben. Ausflügen und Spesen werden bezahlt. Darin liegt das Backpulver, das diesem Gedanken die notwendige Blähung gibt, und dann fällt es auch nicht schwer, nach den treibenden Kräften zu suchen, die hinter diesen militärischen Paraden stehen. Es handelt sich um ein ganz einfaches Rechenexempel. Der Stahlhelmgeist oder, wie das „Eisleber Tageblatt" schreibt, „Der deutsche Geist", soll Verwendung finden für die Interessen der Reaktion. Wenn Tausende heute im Stahlhelm sind und das noch nicht erkennen und vielfach aus irgendwelcher Verärgerung heraus einen blindwütigen Haß gegen alles, was Arbeiter heißt oder sich gar zur Sozialdemokratie bekennt, empfinden, so haben sie das mit sich selbst und ihrem Gewissen abzumachen. Wenn die Reaktion im Sattel sitzt, dann wird sie sich derer nicht mehr erinnern, mit denen sie heute aus bestimmten Gründen liebäugelt. Der Kastengeist, der heute vernicht wird, steigt dann in neuer Farbe empor und wird auch den über die Schulter anblicken, dem heute noch ein recht warmer Händedruck als Bestandteil der nun einmal notwendigen Staffage, auf den sich das Zepter der Reaktion zu schwingen gedenkt, geboten wird. Es liegt auch im „deutschen Geist" verankert, daß sich ein Teil der Masse der Zeiten nicht mehr erinnert, wo mit ihr in recht verletzender Weise umgesprungen wurde. Und mancher, der heute herausfordernd den Stahlhelm trägt, hat sich darüber in drastischer Weise ausgelassen.

Der diesjährige Johannistag,

die Sommersonnenwende, der Geburtstag des Erfinders der schwarzen Kunst, eines Mannes, der der zu seinen Lebzeiten herrschenden finstersten Reaktion durch seine Erfindung das Genick brach, war ausersehen, in Eisleben, der alten Berg- und Lutherstadt, den Aufmarsch des Stahlhelms und Wehrwolfs des ganzen mitteldeutschen Bezirks zu erblicken. Das ist selbstverständlich nicht ohne eine bestimmte Absicht geschehen.

Ausgerechnet in einer Arbeiterstadt trifft sich der Stahlhelm und Wehrwolf Mitteldeutschlands, um hier mit allen Mitteln der Staffagenkunst seine provozierende Reklame zu machen!

Welche Gedanken dabei mitspielen, sei aus einer Blütenlese aus dem Begrüßungsartikel des „Eisleber Tageblatt" wiedergegeben:

„Der revolutionäre Zusammenbruch, an dem das auch von einer Feindeswelt nie besiegte Frontheer keinen Teil hatte, ließ dunkle Triebe sich auswirken, die das Vaterland innerlich zerfraßen und nach außen ohnmächtig der rauhhierigen Rache ewiger Neider und Hasser auslieferten. . . . Trotz harten Gegendruckes, trotz rücksichtsloser Verfolgung durch den inneren Gegner, der um seinen Machtanhang bangte, wurden die vaterländischen Verbände aus der Taufe gehoben. . . . Unter der Fahne des Bundes der Frontsoldaten mit den teueren schwarzweißroten Farben trafen sich Männer, denen echte Kameradschaft ein Bedürfnis ist und eine Pflicht, die einer für den andern eintreten und doch darüber die Armut im Volke nicht vergessen, der sie — ohne nach Parteizugehörigkeit zu fragen — nach besten Kräften zu helfen stets bereit sind."

„Dunkle Triebe", „vaterländische Verbände", „ohne nach Parteizugehörigkeit zu fragen" und wie die schönen Ausdrücke alle heißen, sprechen für sich. Unter dieser Ouvertüre nahm der blutige Tag seinen Anfang. Mit den nötigen Mitteln war alles aufgeboten, den Tag zu einem militärischen Schauspiel unseligen Angedenkens zu gestalten. Ein Gejubel der Blechmusik in allen Variationen. Bis zur Bewußtlosigkeit wurde „Siegreich Frankreich geschlagen" und „Heil dir im Siegerkranz" stieg mehr als einmal in die Lüfte. Während im Ruhrkonflikt nach einer Verständigung gesucht wird, ereignen sich in Mitteldeutschland Dinge, die jedem ehrlichen Republikaner die Gefühle stark verletzen. Den Schlußakkord bildete ein Parademarsch vor dem bekannten Oberstleutnant Düsterberg.

Das Fest der organisierten Arbeiterschaft.

Ebenfalls für den Johannistag war das Fest der freien Gewerkschaften vorgesehen. Angesichts der Stahlhelm-Vorbereitungen war eine starke Beteiligung zu erwarten. Um Zusammenstöße zu vermeiden, war der Festzug der Gewerkschaften mit seinem Beginn auf die Zeit von 1/23 Uhr nachmittags festgelegt. Bis dahin mußte der Stahlhelm seine „Ovationen" erledigt haben. Einen solchen Aufmarsch der Arbeiterschaft hat Eisleben noch nicht gesehen. Er wirkte allein schon durch seine machtvolle Größe! Es haben an der Demonstration der Arbeiterschaft genommen ungefähr 10 000 Arbeiter, während sich im Stahlhelmzug ungefähr 4000 Anhänger zusammengefunden hatten. Während in keiner Weise der Stahlhelmzug gestört worden war, versuchten dagegen insbesondere bei dem Aufmarsch auf dem Markt schon einige Stahlhelmstoßtrupps dem Zug der Arbeiterschaft in die Flanke zu fallen. Die Arbeiterschaft hatte den angebotenen Schutz der Polizei abgelehnt. Nach der drohenden Haltung des Stahlhelms hielt es die Leitung der Polizeigewalt aber doch für geboten,

mehrere Hundertschaften der Schutzpolizei aufzubieten, um eventuelles Blutvergießen zu verhindern.

Nach der Feier auf dem Marktplatz, während der 1. Vorsitzende des Eisleber Gewerkschaftskartells, Lademann, die Festrede hielt, nahm der Zug nach dem „Volkshaus" seinen Fortgang. Unterwegs standen, beispielsweise an der Mohren-Apotheke und auch auf dem Platz, mehrere Stahlhelmtrupps, jedenfalls nicht in der Absicht, den Zug der Gewerkschaften mit Blumen zu begrüßen. Die begleitende Schutzpolizei mochte ihnen aber wohl die Angriffslust gedämpft haben, und so langte der Zug auf der Wiese bzw. im „Volkshaus" an. Von dort beabsichtigten sich die Teutschenthaler Teilnehmer nach dem Bahnhof zu begeben und wählten dazu den Weg über die „Kleine Landwehr". Inmitten des Weges kam es zu einem Konflikt mit den sich geradezu unverschämt gebärdenden Stahlhelmleuten. Es entwickelte sich ein Kampf, bei dem es Verwundete auf beiden Seiten gab. Bei Abfassung des Berichts konnten wir noch keine genauen Feststellungen machen. Auch ist es angebracht, das Ergebnis der Untersuchung abzuwarten. Von unserer Seite ist dabei verwundet der 2. Kartellvorsitzende, der Genosse Böttge (Eisleben), der die Absicht hatte, schlichtend in den Streit einzugreifen. Wertvolle Hilfe leistete die Arbeiter-Samariter-Kolonne. Ohne ihr Wirken wäre die Gefahr für die Betroffenen noch größer gewesen. Der Kampf wogte einige Zeit hin und her, bis dann Schupo eingriff. Sie schoß warnend in die Luft, während

von Stahlhelmseite wehrlosch auf die Arbeiter geschossen

wurde. Nähere Darstellungen darüber werden noch folgen. Im Laufe dieses Kampfes stellten sich mehrere Züge des Stahlhelms in der „Grünen Gasse" auf, um von der Lindenstraße her eingreifen zu können. Es kam aber nicht dazu. Die Schutzpolizei hatte sich während der Zeit bis zu den Kämpfen auf der Landwehr korrekt benommen. Bei Niederschrift dieser Zeilen ließen sich noch keine genauen Feststellungen über die Vorgänge auf der Landwehr machen, so daß wir mit unserem Urteil darüber noch zurückhalten. Eins wäre aber angesichts der Situation notwendig gewesen und hätte mindestens von der Leitung der Polizei beachtet werden müssen, nämlich die Sicherung der Landwehr durch ein Polizeiaufgebot, die bei dem nahen Beieinanderliegen der Lokale, in denen die weiteren Veranstaltungen ihren Verlauf nahmen, geboten erschien. Insbesondere im Hinblick auf nach dem Weitermarsch vom Markt in Erscheinung getretene Aggressivität des Stahlhelms.

Selbstverständlich wird die gegnerische Seite nach Argumenten der Belastung für die Arbeiterschaft suchen und es nicht daran fehlen lassen, auch mancherlei zu finden. Es sei ihr dagegen nur eines bedeutet: Man setze sich die provozierende Flagge des Wehrwolfs an, um nur ein Beispiel herauszugreifen, an und schlage sich dann an die eigene Brust!

Am Abend wurde die Polizeistunde auf 11 Uhr festgesetzt und damit um diese Zeit der Aufenthalt in den Lokalitäten beendet.

•

Der Schwindel beginnt.

Die Meldung der „Leipziger Neuesten Nachrichten", wonach die Arbeiterschaft in das Lokal „Zerrgasse" eingedrungen sein soll, entspricht nicht den Tatsachen. Die Zahl der Verwundeten wird auf beiden Seiten gleich sein und sich zwischen 15 bis 20 bewegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230625-14/fragment/page=0001

Das Brotversorgungsgesetz.

Was ist mit dem kommunistischen „Verrat"-Geschrei.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Der Reichstag hat am Mittwoch das Gesetz über die Sicherung der Brotversorgung im kommenden Wirtschaftsjahr verabschiedet. Dieses Gesetz war die zwangsläufige Folge des Beschlusses der bürgerlichen Parteien im April dieses Jahres auf Aufhebung der Getreideumlage. Die Sozialdemokratie hat damals gegen diesen Antrag gestimmt. An dieser Haltung wird auch durch ihre jetzige Zustimmung zu dem neuen Gesetz über die Sicherung der Brotversorgung nichts geändert. Für die freie Wirtschaft mit Getreide ist im Reichstage eine sichere Mehrheit vorhanden. Jetzt handelte es sich aber überhaupt nur darum, die durch die Aufhebung der öffentlichen Brotversorgung und das Steigen der Brotpreise in schwere Bedrängnis geratenden Volkskreise vor den Gefahren dieser freien Wirtschaft zu schützen. Auch die bürgerlichen Parteien konnten sich dieser Pflicht nicht entziehen. Sie waren gebunden durch die öffentliche Meinung, die einen solchen Schutz verlangt und durch die Entschließung, die sie selbst seinerzeit angenommen hatten. In dieser Entschließung war erklärt worden, daß eine Verbilligung des Brotes für Minderbemittelte, zu denen auf jeden Fall die breite Masse der Sozialrentner, Kriegsopfer, Kleinrentner, Erwerbslosen, Armengelderempfänger und der Kinderreichen zu rechnen ist, unter Deckung der erforderlichen Mittel durch Belastung des Besitzes im weitesten Umfange zu bewirken sei. Der Ausführung dieses Beschlusses und der wirtschaftlichen Sicherung der Brotversorgung galt deshalb der Gesetzentwurf.

Ursprünglich war beabsichtigt, die Brotversorgung durch die Aufbringung einer Reserve bis zu 8½ Millionen Tonnen zu sichern. Davon sollten mindestens 1¾ Millionen Tonnen Inlandsgetreide zu freien Marktpreisen angekauft werden. Gegen diese Regelung hatte die Sozialdemokratie von Anfang an Bedenken. Da die freie Wirtschaft grundsätzlich beschlossen war, bedeutete die von der Regierung beabsichtigte Schaffung einer sehr großen Reserve erstens die Aufbürdung eines gewaltigen Risikos auf das Reich, zweitens die Belastung des Reichs mit den sehr hohen Verwaltungskosten und drittens die Gefahr starker Steigerung der Getreidepreise durch den Kauf großer Mengen von der Regierung. Die Sozialdemokratie verlangte deshalb die Erwerbung einer Reserve bis zu einer Million Tonnen ausländischen Getreides, da diese Menge voll ausreicht, um zeitliche und örtliche Notstände in der Brotversorgung und den Versuch der Preistreiberei zu bekämpfen. Es wurde beschlossen, daß das Reich zur Sicherstellung der Versorgung eine Million Tonnen Brotgetreide zu erwerben hat. Zwar ist damit nicht gesetzlich festgelegt, daß die Reserve nur aus Auslandsgetreide zu bestehen hat, doch dürfte das wahrscheinlich geschehen, weil das Inlandsgetreide zur Versorgung nicht ausreicht und naturgemäß jede Regierung ein Interesse daran hat, unberechtigte Preissteigerungen auf dem Inlandsmarkt zu vermeiden. Ebenso darf angenommen werden, daß jede Regierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung gezwungen sein wird, den Versuch der spekulativen Preistreiberei durch das Einsetzen der Reserve zu bekämpfen. Ferner ist bestimmt worden, daß die öffentliche Brotversorgung bis zum 15. September, statt 15. August, fortdauert, und daß die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats in der Lage ist, sie ganz oder teilweise bis zum 15. Oktober fortzusetzen. Damit ist, soweit das bei freier Wirtschaft überhaupt möglich ist, Sicherheit gegen das Entstehen von Gefahren für die Brotversorgung während der Uebergangszeit von der alten zur neuen Ernte gegeben. Die Kommunisten gebärdeten sich hierbei als freiwillige Regierungspartei. Ihre Anträge gaben zum allergrößten Teil die Wiederherstellung der Regierungsvorlage vor, obwohl damit keine Verbesserung, sondern eine wesentliche Verschlechterung des Gesetzes verbunden gewesen wäre. Zu solcher Stellung kommt man halt immer, wenn man nur aus Unkenntnis und Agitationsbedürfnis handelt.

Der zweite Teil des Gesetzes regelt die Aufbringung der Mittel zur Verbilligung des Brotes für die Bedürftigen. Er enthält deshalb den wichtigeren Teil des Gesetzes. Hier hat es langer und harter Auseinandersetzungen bedurft, um zu einem Ergebnis zu kommen, das den Forderungen der Sozialdemokratie so weit entsprach, daß sie ihm zustimmen konnte. Im vergangenen Jahr hatten wir zwar die Umlage. Aber da der Umlagepreis für Getreide in der zweiten Hälfte des Jahres dem freien Marktpreis entsprach, so war die Umlage keinerlei Belastung der Landwirtschaft. Dafür aber eine um so größere Belastung für die Reichskasse. Sie hat viele hundert Milliarden Mark für die Brotverbilligung hergeben müssen, die bei den jetzigen deutschen Steuerverhältnissen von denen aufgebracht wurden, die das Markenbrot zu einem billigeren Preise erhielten. Die angebliche Verbilligung war also gar keine. Was dem Lohn- und Gehaltsempfänger durch billigeres Brot an Ausgaben erspart wurde, das wurde ihm durch die Inflationssteuer in vielfacher Höhe genommen. Einer der größten Vorzüge des neuen Gesetzes ist deshalb darin zu erblicken, daß Reichsmittel für Brotverbilligungszwecke künftig nicht mehr erforderlich werden. Alle Beträge, die für diesen Zweck beansprucht werden, müssen durch Belastung des Besitzes aufgebracht werden.

Zu dem Prinzip der Besitzbelastung hatten sich die bürgerlichen Parteien bereits verpflichten müssen bei der Aufhebung der Getreideumlage. Es war unverkennbar, daß Bestrebungen im Gange waren, sich nun ihm, wo es der Verwirklichung dieses Beschlusses nahe ging, zu entziehen. Die Sozialdemokratie hat das verhindert. Unermüdlich haben ihre Vertreter darauf hingewiesen, daß es die Notlage der hilflosesten Kreise unserer Bevölkerung zu steuern gilt und daß nur bei restloser Einlösung des Versprechens die Sozialdemokratie diesem Gesetz ihre Zustimmung geben kann. Es kam schließlich zu einer Einigung aller bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie auf folgender Grundlage:

„Von den Vermögen, die der Zwangsanleihe unterliegen, wird als einmalige Abgabe das Sechsfache der Zwangsanleihe erhoben. Nur Besitzer festverzinslicher Werte usw. sind ausgenommen. Die Abgabe ist zu zur Hälfte am 1. August 1928 und am 2. Januar 1928 fällig. Sie wird um den Betrag erhöht, um den der Roggenpreis von 120 000 Mk. für den Zentner in der Zeit vom 1. bis 15. Juli bzw. vom 1. bis 15. Dezember sich erhöht. Für verspätete Zahlung werden Verzugszinsen von 15 bzw. 30 Prozent pro Monat erhoben."

Zum erstenmal ist also eine Reichssteuer wertbeständig gemacht worden. Dadurch ist der Gefahr vorgebeugt, die seinerzeit die Zwangsanleihe völlig entwertet hat. Es ist aber ferner bestimmt worden, daß für den Fall unvorhergesehenen Anwachsens der Zahl der Bedürftigen die erzielten Mittel nicht ausreichen, die Aufbringung weiterer Mittel erneut durch die Belastung des Besitzes durch Gesetz zu regeln ist.

Die Sozialdemokratie hatte zwar ursprünglich die zehnfache Zwangsanleihe verlangt. Keine der bürgerlichen Parteien war aber dafür zu haben. Die Deutschnationalen, die Deutsche und die Bayerische Volkspartei und die Demokraten wollten das Dreifache und außerdem den Gesamtbetrag auf 1200 Milliarden begrenzen. Das Zentrum wollte das Vierfache erheben. Was endgültig beschlossen wurde, geht weit über die ursprünglichen Zugeständnisse aller bürgerlichen Parteien hinaus. Es wird im Gesamtbetrage etwa 1800 Milliarden ergeben; falls die Geldentwertung aber fortschreitet im entsprechenden Maße mehr. Diese Wertbeständigkeit der Abgabe erleichterte deshalb der Sozialdemokratie die Forderung nach zehnfacher Abgabe in einer Zahlung zuzustimmen. Gewiß ist es auffällig, daß bei der bekannten Steuerscheu der bürgerlichen Parteien diese Regelung die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien gefunden hat. Aber die Erklärung dafür ist nicht allzu schwer. Sie liegt in drei Tatsachen: 1. ist die aufzubringende Summe im Verhältnis zu der ursprünglichen Last der Zwangsanleihe in Höhe von einer Milliarde Goldmark; 2. konnten die bürgerlichen Parteien ihrer sonstigen Abneigung gegen Besitzbelastung nicht freien Spielraum lassen, weil es sich um das Schicksal der Opfer des Krieges und der Geldentwertung handelt, die zum Teil im Lager der bürgerlichen Parteien stehen; 3. aber waren die bürgerlichen Parteien nicht frei in ihrer Entschließung, weil es zwischen Zentrum und Sozialdemokratie bereits mit den Ausschußberatenden zu einer Verständigung gekommen war, die den anderen bürgerlichen Parteien die Freiheit ihrer Entschließung nahm.

Es ist deshalb ein Schlag gegen die Arbeiterklasse, wenn die Kommunisten die Haltung der Sozialdemokratie wie üblich als Verrat bekämpfen. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Kommunisten im Ausschuß nur die vierfache Abgabe beantragten, als die Sozialdemokratie bereits das Zehnfache beantragt hatte. Ist auch die Lösung nicht nach jeder Richtung hin ideal, so ist sie doch ein Schutz für hilflose Kreise der Bevölkerung gegenüber der freien Brotwirtschaft.

Der Gedenktag des Rathenau-Mordes.

Würdige Feiern in Berlin.

Berlin, 24. Juli. (WTB.) Aus Anlaß des Todestages Dr. Walter Rathenaus fand heute vormittag im Auswärtigen Amt in Gegenwart des Reichspräsidenten Ebert, des Reichsministers v. Rosenberg, des Staatssekretärs Frhrn. v. Maltzahn und der Beamten des Auswärtigen Amts eine würdige Gedenkfeier statt. Die Gedenkrede hielt der deutsche Gesandte in Kopenhagen v. Mutius.

Der Republikanische Reichsbund hielt im Reichstage eine würdige Feier ab. Für das Präsidium des Reichsbundes gab Konrad Haenisch in packenden Worten eine Schilderung der Mordtat an Rathenau vor einem Jahr und ihrer Formen. Dann sprach Fritz von Unruh eine für diesen Tag verfaßte eigene Dichtung. Hierauf hielt der ehemalige Handelsminister Dr. Hugo Preuß eine Gedächtnisrede über Rathenau als einen Menschen von tiefstem Gepräge. Durch Deputationen der Verbände wurden am Grabe Rathenaus Kränze niedergelegt.

Walter Rathenau-Stiftung.

Der Reichspräsident, der Reichskanzler, der Reichsminister des Innern Oeser und der Reichsminister des Auswärtigen, v. Rosenberg, suchten gestern die Mutter Rathenaus auf, die sie vor der Villa Walter Rathenaus in der Königsallee 65 empfing. Frau Rathenau übergab das Haus als Teil einer Walter-Rathenau-Stiftung mit warmen Worten über den Zweck der Stiftung den Vertretern des Reiches. Der Reichspräsident dankte in einer herzlichen Ansprache.

Neue Cuno-Rede.

Hoffnung auf Industrie und Landwirtschaft.

Königsberg, 25. Juni. (WTB.) In der Aula der Hindenburg-Oberrealschule hatten sich gestern mittag Vertreter aller staatlichen, Provinzial- und städtischen Behörden, Vertreter der großen Wirtschaftsverbände und politischen Parteien eingefunden, um eine Ansprache des Reichskanzlers Dr. Cuno entgegenzunehmen. Zur Ruhrfrage führte der Reichskanzler aus: Unsere Politik muß eine aufrichtige und gerade, aber auch eine Politik sein, die darauf bedacht ist, die Leiden dieser echten deutschen Menschen nicht über Gebühr zu verlängern. Nichts ist unversucht geblieben vor und seit dem Einbruch ins Ruhrgebiet, was dazu dienen könnte, eine vernünftige und tragbare Lösung der Reparationsfrage zu finden, eine Lösung, die endgültig ist, die nie wieder wie jetzt einem Einbruch an Rhein und Ruhr uns aussetzt, die mit der Abtragung der Lasten uns auch die volle Freiheit unseres Volkes gewährleistet. Nachdem sich Cuno über den passiven Widerstand, über die Beziehungen zum Osten und die „Pflichten der Heimat" geäußert hatte, schloß er: Zu einer wirklichen Gesundung unserer Währung können wir nicht kommen, solange wir die Frage der Besetzung von Rhein und Ruhr, die Frage der Reparationen nicht geregelt haben. Aber dürfen wir deshalb darauf verzichten, Krankheitsfolgen und Symptome soweit als möglich auszugleichen? Wenn es gelingen soll, die Lage zu beherrschen, müssen wir in der Frage der Währung, in der Frage der Anpassung der Löhne und Gehälter an die Teuerung wie in der Frage der Volksernährung gesichert sein. In meiner Programmrede im Reichstag im November 1922 habe ich die Zuversicht gegeben, daß die Landwirtschaft freie Getreidewirtschaft erhalte. Diese Zusage ist eingelöst. Sie wurde gegeben unter der Voraussetzung und der gegenseitigen Aussprache, daß die Landwirtschaft alles tun werde, um die Bevölkerung zu ernähren. (?! Red. „V.") Ich darf erwarten, daß sie alles tun werden, diese ernste Aufgabe unserm Volke gegenüber so gut zu erfüllen, wie es nur irgend möglich ist.

•

Es gehört schon allerhand dazu, angesichts des agrarischen Wucherstrebens seine einzige Hoffnung auf die Pflichterfüllung der deutschen Landwirtschaft zu setzen.

Teilweise Freigabe des Eisenbahnverkehrs.

Besserung der Lebensmittelzufuhr. - Neuer Zwischenfall in Marl.

Elberfeld, 23. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die französische Regierung hat inzwischen einen Teile der beschlagnahmten Eisenbahnlinien wieder freigegeben, so daß der Verkehr wieder aufgenommen werden konnte. U. a. sind die Bahnhöfe Scharnhorst, Dortmund-Brakel, Aplerbeck und Aplerbeck-Süd von deutschem Personal in Betrieb genommen. Auf den Strecken Bochum-Nord-Recklinghausen, Bochum-Nord-Gelsenkirchen-Wattenscheid, Bochum-Nord-Block Hafenwinkel, Wetter-Witten-West, Barop und Stockum-Süttringhausen ist ein unabhängiger Personenverkehr aufgenommen worden. Auch der deutsche Zugverkehr von Witten nach Wetter ist wiederaufgenommen. Die Lebensmittelzufuhr hat sich infolge der teilweisen Wiederaufnahme des Verkehrs gebessert.

In Marl, das durch eine Postenkette für jeden, auch für den Fußgängerverkehr nach dem Ort hinein und aus dem Ort heraus abgesperrt ist, soll sich ein neuer Zwischenfall mit der belgischen Besatzung abgespielt haben, der einem belgischen Oberleutnant das Leben kostete. Angeblich für Sanktionen für einen vor einigen Tagen erfolgten Anschlag auf einen französischen Posten in Hahnenfurth haben die Franzosen am 21. Juni in Wülfrath den stellvertretenden Bürgermeister und einen Beigeordneten festgenommen. Auf der Sparkasse wurden 3½ Millionen, auf der Stadtkasse ½ Million Mark, ferner das Bureaugerät des Bürgermeisters und des Sparkassendirektors und sämtliche Schreibmaschinen auf dem Rathaus beschlagnahmt.

Um den neuen Arbeitslohn.

Entscheidung in einer Woche.

Am Sonnabend beschäftigte sich der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft mit der Frage der Wertbeständigkeit der Löhne und Gehälter. Die Besprechung ergab, daß auch die Arbeitgeber grundsätzlich bereit sind, den Wünschen der Arbeitnehmerschaft zu entsprechen.

Nach einer überaus eingehenden Aussprache wurde eine Kommission eingesetzt, der je vier Mitglieder von Arbeitgeber- und von Arbeitnehmerseite angehören. Die Kommission soll innerhalb einer Woche über die Behandlung der wichtigen Frage endgültig entscheiden.

•

Der südtalienische Parteitag verboten. Das Innenministerium hat den Parteitag der Vereinigten Sozialisten Süditaliens, der demnächst in Catania stattfinden sollte, verboten. Das ist das erste förmliche Verbot eines sozialistischen Parteitages durch die Faszistenregierung.

Tagung der deutschen Volksbühnen.

Im Stadtverordnetensaal des Potsdamer Schlosses, dem ehemaligen Theatersaal höfischer Kunst, begann gestern die 4. Reichstagung der Deutschen Volksbühnen-Vereine unter Teilnahme von etwa 100 Delegierten aus allen Teilen Deutschlands.

Kurt Backe, der Vorsitzende des Verbandes, sog in seiner Eröffnungsrede die Kulturlinie, die von Potsdam nach Weimar führt. Er betonte dabei, daß die organisatorische Arbeit der Volksbühnengemeinschaft als im wesentlichen abgeschlossen betrachtet werden könne, während die heutigen Aufgaben der Konsolidierung im Innern und der literarischen Führung gelten. Auch das Ausland, Holland, die Schweiz, Amerika achtet auf deutsche Volksbühnenarbeit, durch die das Volk seinen Anteil an den künstlerischen Werten erhalten solle. Geheimrat Trendelenburg, der die Tagung im Namen des Ministeriums begrüßte, rühmte die große innere Kraft der Volksbühnenbewegung. Ein Vertreter des Potsdamer Magistrats sprach von der Anerkennung, die die Volksbühne bei den großen Kulturorganisationen fände. Sodann erstattete Dr. Nestriepke den Geschäftsbericht, der die außerordentlich starke Zunahme der Volksbühnengemeinde schilderte. Gegenwärtig seien bereits etwa 100 Organisationen dem Verbande angeschlossen. In zahlreichen anderen Städten bestünden Gründungsausschüsse. Besonders sei die Bewegung sehr stark im Rheinland, Ruhrgebiet, in Ober- und Niederschlesien und in Schleswig-Holstein. Numerisch vorgeschritten seien vor allem Chemnitz, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Hannover, Breslau. 350 000 Mitglieder im Reich vereinigen sich mit 150 000 Anhängern in Berlin. In Königsberg habe man neuerdings das Stadttheater in Pacht genommen. In Köln habe sich eine G. m. b. H. mit Unterstützung der dortigen freien Volksbühne gebildet, die das Metropoltheater an 20 Tagen im Monat übernommen habe. Die Zeitschrift des Verbandes erfreue sich steigender Beachtung. Besonders wichtig war die Mitwirkung des Verbandes an der Gesetzgebung, so bei den Vorbereitungen der Landessteuergesetzgebung. Der Verband sei sich seiner grundsätzlichen Gegnerschaft zum christlichen Bühnenvolksbund bewußt. Doch fand eine Zusammenarbeit in rein technisch-organisatorischer Beziehung statt. Oertlich seien die Gegensätze zwischen den freien Volksbühnen und den Theatergemeinden des Bühnenvolksbundes oft scharf. Die Durchführung der Landesbühnenorganisation sei trotz mancher Erfolge vielfach nicht in der Weise möglich wie ursprünglich geplant. Man müsse unermüdlich weiterschaffen, um vor allem literarische Erziehungsarbeit zu leisten, damit nicht nur ein Theater für das Volk, sondern ein Theater des Volkes entstehe.

Den Kassenbericht erstattete Architekt Geilgens, der die Notwendigkeit zur Schaffung vermehrter Einnahmen aus eigener Kraft betonte.

In der Diskussion erklärte zunächst der Direktor von Mühlhausen in Thüringen den Anschluß seiner Organisation an den Verband. Mehrere Delegierte von Frankfurt a. M., Köln, Hildesheim usw. wandten sich scharf gegen die Tätigkeit des Bühnenvolksbundes und die Haltung der Verbandes in dieser Frage. Professor Kestenberg hat, keinen Richtungsstreit zu entfachen, sondern sich mehr den Aufgaben der eigenen Leistungen zuzuwenden. Das Ergebnis der heutigen Debatte dürfte die Einsetzung einer Kommission zur Behandlung dieser Frage sein.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages wurden zunächst verschiedene Anträge, welche vermehrte Propaganda forderten, angenommen. Sodann hielt Dr. Nestriepke ein ausführliches Referat über „Die Idee der Volksbühne und die Erziehung zur Kulturgemeinschaft". Redner schilderte die Entwicklung des Theaters und des Schauspielertums und ihre Einstellung zu der heutigen Zeit. Der russische Proletkult mit seinem Kampf für ein neues qualifiziertes Laienspiel sei beachtenswert. Allerdings könne die Frage der Gemeinschaftsbühne nämlich nicht gelöst werden. An der sogenannten Guckkastenbühne müsse festgehalten werden. Natürlich sei die alte Dilettantenspielerei unbedingt abzulehnen, doch trage das Berufsschauspielertum die Gefahr in sich, daß keine Vertiefung der Kunst erreicht werde. Unter gewissen Voraussetzungen sei daher das neue qualifizierte Laienheater immerhin zu wertvollen Leistungen berufen. Die Volksbühne müsse nach wie vor das Berufstheater in den Mittelpunkt stellen, doch sei insbesondere die Bildung von Sprechchören zu erwägen. Eine gewisse weltanschauliche Einstellung zur Kunst sei nicht gegen die Freiheit der Kunst gerichtet. Bloße Tendenz enthalte allerdings die Gefahr der Verarmung in sich. Die Freiheit der Kunst müsse ein Ausdruck der Sehnsucht nach einer neuen Gemeinschaft sein. Leider seien sich die Volksbühnen vielfach über die literarisch-kulturelle Zielsetzung noch nicht klar genug.

In der Diskussion kritisierte Dr. Paul Zech die Arbeit des Berliner Vorstandes und forderte Heranziehung revolutionärer Dramatik. Von Jmehl (Frankfurt a. M.) bezeichnete das Spielen mit dem Gedanken des Dilettantentheaters als nicht ungefährlich. Dem neuen Laientheater, das allerdings Bedeutung für die Jugendpflege habe, müsse man sehr abwartend gegenüberstehen. Unser Ziel sei ein geistig radikales Theater. Kritisch gegenüber dem Dilettantentheater äußerten sich ferner Friedel (Chemnitz) und Ziegler (Hannover). Von anderer Seite wurde für einen engeren Zusammenschluß der geistigen Führer und der Arbeiterschaft gesprochen.

Das zweite Referat hielt Leo Kestenberg über die Frage „Volksbühne und Oper". Der Redner zog die historische Linie von der italienischen Oper, die an den deutschen Fürstenhöfen dominierte, bis zur Schaffung der deutschen Oper. Der Redner forderte, daß Volk und Oper miteinander vereinigt würden. Er kennzeichnet dann die Entwicklung der Berliner Volksbühne seit dem Krieg, in dem die Hofkapelle zum erstenmal in der Volksbühne am Bülowplatz gespielt habe. Jede Oper und jede Bühne müsse eine Volksoper und Volksbühne sein.

Am Abend des Tages fand eine Festvorstellung im Potsdamer Schauspielhaus statt, bei welcher ein Rokoko-Abend mit Mozarts „Bastien und Bastienne" gegeben wurde.

Modernes Theater in Thüringen. Unter dem Namen Kammerspiele Weimar-Jena wurde ein neues Theater gegründet, dessen Leitung Dr. Jo Lhermann (Berlin), der kürzlich den „Zyklus moderner Dramatik" in Jena gegeben hat, übertragen wurde. Dr. Lhermann übernimmt gleichzeitig das Residenztheater in Weimar. Das neue Theater wird in Weimar, Jena und anderen thüringischen Städten spielen und vornehmlich das moderne Drama pflegen.

Eine Zentralstelle für Musikbegabtenprüfung soll bei der staatlichen akademischen Hochschule für Musik eingerichtet werden. Hier wird das erfahrungs- und versuchsmäßig gewonnene Material gesammelt und wissenschaftlich bearbeitet werden.

Hallisches Kunstleben.

„Mädel von heute" im Thalia-Theater.

Dieses Lustspiel von Hans Sturm und Moritz Färber geht über den Rahmen des Alltäglichen nicht einen Schritt hinaus. Personenverwechselungen schaffen eine gewisse Situationskomik, die wohl für einen Augenblick die Lachmuskeln reizen kann, mit echtem Humor und natürlichem Frohsinn, Witz und treffsicherer Komik jedoch nichts gemein hat. Zwar floß die Handlung um das lateinische Extemporale leicht und bewegt dahin, von einer Notwendigkeit zwischen Gestalten und Situationen aber konnte nicht die Rede sein.

Anerkennenswert war das Bemühen der Künstler um die allzu leicht wägende Sache. Alfred Durra stellte als Gymnasial-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230625-14/fragment/page=0002

Der schlesische Landarbeiterstreik
vor dem Preußischen Landtag.

Berlin, 28. Juni. (Soz. Parl.-Dienst.)

Der Preußische Landtag erledigte am Freitagnacht noch die dritte Beratung des Haushalts des Landwirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und des Wohlfahrtsministeriums. Beim Landwirtschaftshaushalt entspann sich eine Debatte über den schlesischen Landarbeiterstreik, in der Genosse **Buchwitz** das Wort ergriff: **Die streikenden Landarbeiter wollen nichts weiter als das Existenzminimum; fortgesetzt** haben sie versucht, die Arbeitgeber zu Verhandlungen zu bewegen, um der Geldentwertung Rechnung zu tragen. Eine große Zahl von Arbeitgebern hat weder die Vereinbarung vom 25. April noch den Schiedsspruch vom 26. Mai in die Tat umgesetzt.

Seit dem 15. Februar haben die Landarbeiter keine Lohnerhöhung erhalten (Hört, hört!), **daher die große Erbitterung.**

Es streiken jetzt in Schlesien 90 000 Arbeiter. Es ist der größte Streik, der jemals in der Landwirtschaft geführt wurde. Bedauerlicherweise hat sich der „christliche" **Zentralverband zum Streikbruch hergegeben, da er mit dem Gelde der Arbeitgeber subventioniert wird.** (Hört, hört!) Gegenüber dem Vorwurf der Produktionsstörung ist festzustellen, daß noch **eine Menge unausgedroschenes Getreide aus dem Jahre 1920 auf den Böden der Landwirte** liegt. (Hört, hört!) Bei einem einzigen Landwirt fand man 7 bis 8 Fuhren Weizen, 6 Fuhren Roggen und 5 Fuhren Hafer. Auf der Domäne Parlowitz liegen 2000 Ztr. Roggen und 1000 Ztr. Weizen, die man schlecht werden ließ. So wird gewirtschaftet. Man redet von roten Hundertschaften, tatsächlich sind überall die Orgesch-Banditen zusammengerufen, die durch ihre Provokationen Zusammenstöße hervorrufen. **Die streikenden Arbeiter hat man mit Gewalt aus ihren Quartieren vertrieben und ihnen sogar das Bett weggenommen.** Der Deutsche Landarbeiterverband so gut wie der ADGB. stehen hinter den schlesischen Landarbeitern und werden sie unterstützen, bis die Arbeitgeber angemessene Löhne zahlen.

Bei der dritten Beratung des **Kultushaushalts** berichtete Genosse Dr. **Weyl** über das Ergebnis der Verhandlungen des Bevölkerungsausschusses zur Prüfung des Friedmannschen Tuberkulose-Heilmittels.

Im Laufe der Debatte nahm Genosse **König** (Swinemünde) das Wort, um auf die Versuche hinzuweisen, die allerorten gemacht werden, um das **Grundschulgesetz** zu umgehen. Das Ministerium habe die Pflicht, im Sinne der Republik Aufklärung zu verbreiten und die Geschichtslegenden über die Zeit von 1806 bis 1818 zu zerstören, die heute in den Köpfen der nationalistischen Jugend Verwirrung und Unheil anrichteten. Mit der Bewilligung des Kultushaushalts fand ein Antrag unserer Genossen Annahme, bei der Besetzung volkswirtschaftlicher und soziologischer Lehrstühle auch Vertreter sozialistischer Anschauungen zu berücksichtigen. Beim Haushalt des Ministeriums für **Volkswohlfahrt** begründete Genosse **Meyer** (Solingen) einen Antrag, der einen Betrag von 200 Milliarden für 20 000 Wohnungen im Jahre 1928 verlangt. Bisher hat der preußische Staat für das laufende Jahr nur 34 Milliarden zur Verfügung gestellt. Nach Annahme des Haushalts für Volkswohlfahrt und des gesamten Haushalts für Forsten vertagte sich der Landtag um Mitternacht auf Dienstag, den 3. Juli.

Putschpläne in Hamburg.

Unser Hamburger Parteiblatt „**Echo**" berichtet über einen **Mobilmachungsplan** der Hamburger Rechtsputschisten gegen die Arbeiter. Sie rechnen mit Unruhen, bei denen die Polizei versagen könnte. Dann soll eine **militärische Befehlsgewalt** aufgerichtet und an die Stelle der Landesregierung eine andere „**geeignete Persönlichkeit**" eingesetzt werden, die man auch schon gefunden zu haben glaubt. Widerstand befürchtet man allein von der organisierten Arbeiterschaft, gegen die darum vorher die „vaterländischen Verbände" mobil gemacht werden sollen. In einer **Denkschrift** werden Einzelheiten besprochen. Man rechnet mit dem Widerstand der Arbeiter und der Sozialdemokratie und kündet an:

„Eine der ersten Aufgaben wird die Beseitigung der Führer des roten Widerstandes sein. Sie muß vorher bedacht und mit aller Energie durchgeführt werden. Nur bedingungslose Unterwerfung darf die Losung sein.

Bei allen Vorbereitungsarbeiten ist zu beachten: Nur zuverlässige Elemente sind zu beteiligen. Größte Verschwiegenheit, Vorsicht in Wort und Schrift sind notwendig, um der vaterlandsfeindlichen Bespitzelung keine Angriffsflächen zu bieten — — —"

Das „Echo" ist im Besitze von Beweisen, daß die „Vaterländischen" **selbst Unruhen provozieren** wollen, um losschlagen zu können. Wenn die Arbeiterschaft zum Abwehrstreik greift, soll die **Technische Nothilfe** eingreifen. Diese Enthüllungen, die durch das Auftreten des Selbstschutzes beim schlesischen Landarbeiterstreik bestätigt werden, werden die deutsche Arbeiterschaft wohl nicht mehr im Zweifel darüber lassen, daß die ganze Gesellschaft, die in allen Gauen Deutschlands rüstet und allsonntäglich ihre Musterungen abhält, vor nichts zurückschrecken wird, wenn nicht das Proletariat wachsam und stark ist.

---

direktor Dr. Jeremias nicht irgendeinen „Oberbonzen" (wie der selbst von einigen klassischen Berühmtheiten sagt) dar; er stand da **der** Rektor aller Zeiten und Zonen vor schlotternden Oberprimanern und Schuldienern (Gendarm a. D.!) Jede Geste, jeder Ruck des Kopfes, jeder Laut eine gewollte, plastische Linie zum Ganzen! Da war auch nichts, was nicht so, gerade so hätte sein müssen. Ein gut Teil des konzentrierten Spiels kommt auch auf das Konto Trude **Horns**. Sie verfügt über eine erstaunliche Lebendigkeit des Körpers und der Mimik, wenn auch gewisse kleine Uebertreibungen am Anfang ihre Lustigkeit als etwas krampfhaft erscheinen ließen. Franz **Blietz**, in der Maske des Gymnasialoberlehrers Prof. Gustav Enderle etwas jugendlich geraten, fügte sich wie von selbst in den Rahmen des von Rektor und Schuldiener nach oben und unten eng begrenzten Schulsystems. Die Aufwartefrau (Halka **Heller**) und der Oberprimaner Hoffmann (Wolfgang **Hermann**) erhöhten die Wirkung durch naturalistisches Spiel und scharfen gute Kontraste zu Else **Strom-Ambronns** vornehmer Güte als Schiller-Mutter und Oberlehrer-Braut.

Das Spiel unterhielt sein Publikum sichtlich für ein paar Stunden. Was uns für morgen und übermorgen bleibt? Das Verlangen nach einem Lachen Shakespeares oder Molières. Sein Quell rauscht in der Tiefe, die uns nottut.

Stadttheater. Am heutigen Montag- sowie am Donnerstagabend 7½ Uhr: „2×2=5", Satyrspiel in 4 Akten von Gustav Wied. Am Dienstag: „Peer Gynt". Mittwoch Erstaufführung: „Eine Nacht in Venedig". Freitag: „Konzert". Sonnabend: „Götterdämmerung". Sonntagabend: „Eine Nacht in Venedig".

„Eine Nacht in Venedig", die wegen Erkrankung der Trägerin einer Hauptpartie verschoben werden mußte, kommt nunmehr am Mittwoch, dem 27. Juni, zur ersten Aufführung. Johann Strauß (Großvater), der Schöpfer der klassischen Operette, kommt damit in einer seiner Meisterschöpfungen zu Gehör. Die große Ausstattung und neuen Kostüme geben der Neueinszenierung des Stadttheaters unter Spielleitung von Richard Helsing ein äußerst farbenprächtiges Bild. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Böder, Georg, Herzog, Ziegler und der Herren Teßmer, Winter, Helsing, Förster, Tiedemann, Hensel und Jungk.

Wagners „Ring des Nibelungen", der seit vielen Jahren im Stadttheater nicht in zyklischer Form gegeben worden ist, geht im Rahmen einer Festspielwoche vom 2. bis 7. Juli in Szene. Der Intendanz ist es gelungen, für diese Gastspiele eine Reihe hervorragender Wagnersänger und -sängerinnen zu verpflichten. Der Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters hat begonnen.

Wie sie marschieren.

Um ihre stark gelichteten Reihen aufzufüllen, veranstaltet die KPD. zurzeit im ganzen Reiche eine Werbewoche mit Preisausschreiben und sonstigen Reklamemitteln. Die Erfolge sollen nach der „Roten Fahne" glänzend sein. Ein Beweis für die „Aufwärtsbewegung" innerhalb der Kommunistischen Partei ist folgender Vorfall im Saargebiet. Dort haben **die Kommunisten der Hochburg Neunkirchen beschlossen, mit Kind und Kegel zur Sozialdemokratischen Partei überzutreten.**

Ob die kommunistische Presse auch das mitteilen wird?

Ramsay Macdonald über die französische Reparations- und Ruhrpolitik.

Paris, 24. Juni. Der Führer der englischen Arbeiterpartei Ramsay Macdonald äußerte sich gegenüber dem Londoner Berichterstatter der „**Ere Nouvelle**" über seine Ansichten bezüglich der französischen Reparations- und Ruhrpolitik. Er erklärte, jedermann wisse, daß das **Ruhrunternehmen nichts weiter sei als eine Zerstörung wirtschaftlicher Werte.** Er glaube, wenn die französisch-belgische Aktion im Ruhrgebiet vollen Erfolg hätte und der deutschen Regierung und dem deutschen Volke die bedingungslose Kapitulation aufgezwungen würde, diese auf **die Dauer ein wahres Unglück für Europa** wäre. Ein derartiger Ausgang würde dreierlei zur Folge haben. Zunächst würde er **alle militärischen Furien Europas entfesseln und die europäischen Staaten zu einem Wettrüstungs- und einem militärischen Diktaturunternehmen** machen. Für ein Land wie **England** würde **dies wirtschaftliche und industrielle Folgen** nach sich ziehen, die die allgemeinen Schwierigkeiten Englands auf den Weltmärkten noch vergrößerten und die wirtschaftliche Wiederherstellung noch erschwerten. **England müsse als Verhandlungsgrundlage eine Konferenz zur Prüfung der deutschen Note durch einen Ausschuß von Sachverständigen vorschlagen, die nur den rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt zu beachten hätten. Wenn einer der Alliierten einen derartigen Vorschlag ablehne, müsse England im Einvernehmen mit allen für diese Politik gewonnenen Ländern, vor allem aber, wenn möglich, mit den Vereinigten Staaten vorgehen. Die unmittelbare Frage sei jetzt aber die Wiederaufnahme von Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Europa.**

Antisemitisches Attentat in München.

Der Vizepräsident der **Münchener Handelskammer**, Kommerzienrat Sigmund **Fränkel**, wurde auf der Straßenbahn schwer beschimpft und beim Umsteigen blutig geschlagen. Die Täter trugen **Hakenkreuze**, nannten Fränkel einen Ostjuden, einen Saujuden und schlugen ihn mit der Faust und einem harten Gegenstand ins Gesicht und auf den Kopf. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes" ist Fränkel mit einem **Totschläger** bearbeitet worden und blutüberströmt **zusammengebrochen**.

Wirtschaftspolitik.

Neues Steigen der Teuerung um 26 v. H.

In der dritten Juniwoche hat sich als Folge der Markverschlechterung eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung vollzogen. Die **Ausgaben eines typischen Arbeiterhaushalts stiegen nach den** Berechnungen der Industrie- und Handelszeitung um 26 v. H., während die Kaufkraftverminderung der Mark, an der Dollarsteigerung gemessen, rund 40 v. H. erreichte. Nachdem sich in der ersten Juniwoche gegen die Vorwoche bereits eine 19prozentige Verteuerung ergeben hatte, auf die in der zweiten Juniwoche eine abermalige Steigerung um 14 v. H. folgte, bewegt sie nach der letztwöchigen Verteuerung das Lebenshaltungskostenniveau im Durchschnitt **der dritten Juniwoche um rund 75 Prozent über dem Aprildurchschnitt.**

Rußland verhängt den Wirtschaftsboykott über die Schweiz. Aus Moskau wird berichtet: Der Rat der Volkskommissare hat im Zusammenhang mit dem nach der Ermordung Worowskis entstandenen Gegensatz beschlossen, über die Schweiz den wirtschaftlichen Boykott zu verhängen. Schweizer Bürgern, die nicht den werktätigen Kreisen angehören, soll die Einreise in die Sowjetrepublik verweigert werden. Die ukrainische und die georgische Regierung werden sich vermutlich dem Wirtschaftsboykott anschließen.

* **Ein Goldstück 450 000 Mk.** Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 25. Juni an zum Preise von 450 000 Mk. für ein Zwanzigmarkstück, 225 000 Mk. für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt zum 9000fachen Betrage des Nennwertes.

Berliner Produktenbörse.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 23. Juni.

Produkte	50 Kilogramm in Mark heute	Vortag	Produkte	50 Kilogramm in Mark †) heute	Vortag
Weizen, märk.	250—252000	238—242000	Leinsaat **)	—	—
" pomm.	—	—	Viktoria-Erbsen	260—270000	235—245000
" schles.	—	—	Kl. Speise-Erbsen	210—225000	200—205000
Roggen, märk.	170000	165—167000	Futter-Erbsen	160—170000	160000
" pomm.	169—170000	—	Peluschken	155—170000	155—170000
" schles.	—	—	Ackerbohnen	145—150000	145000
" westpr.	—	—	Wicken	165—175000	165—175000
Gerste, Sommer	185—190000	175—180000	Lupinen, blaue	165—175000	165—170000
" Winter	—		" gelbe	230—240000	225—235000
Hafer, märk.	168—171000	162—165000	Serradella	—	265—275000
" pomm.	—	—	Rapskuchen	140—145000	155000
Mais loko Berlin	—	—	Leinkuchen	—	—
waggonfr. Hamb.	—	180—185000	Trockenschnitzel	55000—58000	52000—55000
Weizenmehl *)	650—700000	620—675000	Vollwert. Zuckerschnitzel	82000—85000	80000—85000
Roggenmehl *)	480—520000	460—500000			
Weizenkleie **)	98—100000	95—100000	Kartoffelflocken	120—125000	105—110000
Roggenkleie **)	100—102000	95—100000	Torfmelasse Mischung 30/70	58000—60000	54000—56000
Raps **)	—	—			

*) 100 kg. **) 50 kg brutto einschl. Sack. †) ab Station.

Tendenz: Alles fest.

Gewerkschaftsbewegung.

Jubiläumsverbandstag der Holzarbeiter.

Kassel, 21. Juni.

In der **Dienstag-Nachmittagssitzung** entspann sich eine lebhafte Debatte über die Frage, ob der Verbandsvorstand infolge der am Vormittag gefaßten Beschlüsse die Vertretungen in den amtlichen Wirtschaftsorganisationen, wie Reichswirtschaftsrat, Außenhandelsstellen und Beirat beim Reichsverkehrsministerium zurückzuziehen habe. Der Verbandstag ergänzte seinen Beschluß dahin, daß der Vorstand alles zu tun habe, um die Vertretungen in den amtlichen Wirtschaftsstellen zu halten.

Die **Nachmittagssitzung** wurde ausgefüllt durch die Behandlung der

Lohn- und Vertragspolitik

des Verbandes. Referenten waren **Schleicher** und **Dammert** vom Verbandsvorstand. Der erste Referent führte aus: Im Jahre 1922 hat der Verband für 406 865 Personen die Lohnverhältnisse ohne Kampf neu regeln können. Die Erneuerung der Lohnabkommen mußte aber im Laufe des Jahres nicht nur einmal, sondern im Durchschnitt 12 bis 15 mal erfolgen. Dafür waren notwendig 6259 bezirkliche und örtliche Lohnabkommen. In den Jahren 1921 und 1922 wurden insgesamt 195 Tarifverträge für 200 441 Beschäftigte abgeschlossen. In vielen Fällen mußte der Kampf entscheiden. Im allgemeinen ist es in den letzten Monaten gelungen, den Reallohn, gemessen an den amtlichen Teuerungsziffern, zu halten. Sehr oft mußten die staatlichen Schlichtungsstellen angerufen werden, die dann oft wegen nicht richtiger Beurteilung der Verhältnisse zu falschen Urteilen kamen. Die Gewerkschaften haben bereits viel zu weitgehend auf eine selbständige Lohnpolitik verzichtet und ihre Geschicke in die Hände der staatlichen Organe gelegt. Die Lohnregelung ist heute nicht mehr eine Angelegenheit der beiderseitigen Organisationen, sondern besonders in den letzten Monaten hat sich die Reichsregierung in den Streit um die Lohnerhöhungen gemischt. Damit ist **die Lohnfrage zu einer öffentlichen politischen Angelegenheit geworden. Das Eingreifen der Reichsregierung war ein öffentlicher Skandal.** Wir können feststellen, daß die Papiermark heute nur noch **für die Lohnzahlungen Geltung** hat. Auf fast allen anderen Gebieten der Wirtschaft **hat sich die Goldmark durchgesetzt.** Das verpflichtet uns, **mit aller Energie die Einführung einer wertbeständigen Währung für den Arbeitslohn zu fordern.** (Lebhafte Zustimmung.)

Am **Mittwochmorgen** erörtert der zweite Referent, **Dammert** (Berlin, Hauptvorstand), vorwiegend die Lohnbewegung in den Branchen. — In der **Diskussion** wurde der Wunsch laut, der ADGB. solle sich mehr um die Lohn- und Vertragsfragen kümmern. Das rief den Vertreter des Bundesvorstandes, **Graßmann**, auf den Plan, der das Zutrauen zum ADGB. als geradezu beängstigend bezeichnete. Die Führung von Lohnbewegungen sei in den Bundessatzungen ausdrücklich den **einzelnen Gewerkschaften** vorbehalten. Auf wirtschaftspolitischem Gebiete, vor allem in der Erwerbslosen- und Kurzarbeiterfrage und bezüglich der produktiven Erwerbslosenunterstützung hat der Bund allerhand geleistet. In der allernächsten Zeit wird der ADGB. mit einem Programm an die Oeffentlichkeit treten, das hieb- und stichfest ist und für dessen Durchführung sich die Gewerkschaften energisch einsetzen müssen.

Lohnverhandlungs-Ergebnisse.

Die hallischen Angestelltengehälter für Juni um 160 Prozent erhöht.

Der Afabund teilt uns mit: Die am Sonnabend, dem 23. Juni, mit der Allgemeinen Arbeitgebervereinigung gepflogenen Tarifverhandlungen führten **in freier Vereinbarung** zu folgendem Ergebnis: Die Gehälter sämtlicher unter den Ortstarif fallenden Angestellten werden für **Juni** gegenüber Mai einschließlich Hausstands- und Kindergeld sowie Lehrlingsentschädigungen und sonstigen im Tarif vorgesehenen Zulagen **um 160 Prozent erhöht.** Am 15. Juli ist ein 50proz. Abschlag des Juligehaltes zu zahlen. Sollte jedoch bis zum 15. Juli eine höhere Teuerung als 50 Prozent erkennbar sein, so ist die Höhe der am 15. Juli zu gewährenden Abschlagszahlung mit der Arbeitgebervereinigung zu vereinbaren. Die Junigehälter sind nach Möglichkeit **sofort auszuzahlen**. Die Gehälter werden auf 500 und 1000 Mark **nach oben abgerundet**.

Die neuen Buchdruckerlöhne. Die Verhandlungen über neue Lohnsätze haben zu folgender Vereinbarung geführt: Der Spitzenlohn wird ab 23. Juni um 160 000 Mk. wöchentlich auf 836 000 Mk. (Stundenlohn 7000 Mk.) erhöht. Die Sätze für Ledige, die Altersstufen und Orte mit weniger als 25 Prozent Lokalzuschlag regeln sich nach den Bestimmungen des Manteltarifs. Die Vereinbarung gilt bis einschließlich 6. Juli. Für Halle beträgt demnach der Lohn in Klasse C (für Verheiratete) 329 280 Mk., für Ledige 316 110 Mk., Klasse B 312 820 Mk. und 300 300 Mk. Klasse A 288 120 Mk. und 276 600 Mk. Für Neuausgelernte 237 080 Mk.

Die Bergarbeiterlöhne. Amtlich wird uns mitgeteilt: Im Anschluß an die für den Bergbau der besetzten Gebiete vereinbarte **Lohnerhöhung von durchschnittlich 57 v. H.**, die der dort entstandenen **besonderen** Teuerung Rechnung trägt, sind die Lohnerhöhungen für die übrigen Kohlenreviere durch einen vom Reichsarbeitsminister eingesetzten Schlichtungsausschuß am Sonnabend ebenfalls **geregelt worden. Der gefällte Schiedsspruch** sieht vom 25. Juni an Zulagen im Betrage von etwa 55 Prozent vor, die z. B. **für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau eine Erhöhung um durchschnittlich 20 000 Mk.**, für den oberschlesischen Steinkohlenbergbau um durchschnittlich 22 250 Mk. einschließlich des Hausstands- und Kindergeldes je Schicht ergeben. Im **Kalibergbau** wurden durch Verhandlungen die Löhne ab 25. Juni um 20 782 Mk. oder 56 Prozent erhöht. Das Hausstandsgeld und Kindergeld wurde auf 2000 Mk. festgesetzt.

Aus aller Welt.

220 Kilometer in der Stunde.

Kopenhagen, 24. Juni. Bei dem Autorennen bei Fanö stellte der Engländer Campbell auf einem 350pferdigen Wagen einen neuen Weltrekord auf, indem er einen Kilometer in 16,41 Sekunden durchfuhr. Das entspricht einer Stundengeschwindigkeit von 219,378 Kilometer gegen bisher 214,280 Kilometer.

Der Aetna beruhigt sich.

Catania, 24. Juni. Die Ausbrüche des Aetna haben bedeutend nachgelassen. Für die Ortschaft Linguaglossa besteht keine Gefahr mehr.

Sprung aus dem Flugzeug.

Auf dem Schleißheimer Flugplatz fand am Sonntag die erste große öffentliche Vorführung des neuen Fallschirms, System Steiner-Bäumler, statt. Tausende von Zuschauern waren aus München herbeigeeilt, um den kühnen Sprung aus dem Flugzeug mitanzusehen. Zuerst stieg Bäumler auf und sprang aus einer Höhe von 800 Metern ab, hernach wiederholte dasselbe Experiment Gerst; beide Male funktionierte der Fallschirm glänzend, wenn auch der Absturz in beiden Fällen infolge der Windverhältnisse, durch die die Fallschirme über Bäume und Telephondrähte getrieben wurden, nicht ohne aufregende Momente war.

Rund um die Erde in einem Boot. Eine Fahrt um die Welt hat der Engländer Connor O'Brien in einem nach seinen Angaben erbauten, 45 Fuß langen Segelschiff angetreten, dem er den Namen „Saoirse" gegeben hat. Die ganze Bemannung des Schiffes besteht aus einem Freunde und dem früheren Offizier eines Kauffahrteischiffes. Zunächst werden die Weltumsegler nach Neuseeland durch die Magellanstraße fahren und wollen bei ihrer Weltreise alle möglichen unbekannten Winkel der Weltmeere aufsuchen.

Zwei vom schwachen Geschlecht. In Klein-Aga in Thüringen sollten zwei unverheirateten Bäuerinnen, die gemeinsam ein Gut bewirtschaften, wegen sehr schlechter Bestellung ein Teil der Aecker abgenommen werden. Die beiden Damen fielen aber über den Beamten, der ihnen die Nachricht brachte, her, rissen ihm die Uniform vom Leibe und verprügelten ihn derart, daß er flüchten mußte. Es mußte Gendarmerie eingreifen.

Wenn das nicht hilft! Das Anhalten der naßkalten Witterung droht die diesjährige Ernte beträchtlich zu verzögern und gefährdet ihre Ausreifung. Im Blick auf den Ernst der Situation hat das **evangelische** Konsistorium für seinen gesamten Aufsichtsbereich die Veranstaltung besonderer Bittgottesdienste um Erntesegen angeregt.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: i. V. Gottlieb **Kasparek**; für Feuilleton, Genossenschaftliches und Lokales: Herm. **Lange**; für Gewerkschaftliches: Gottl. **Kasparek**; für Provinz und Sport: i. V. Karl **Garbe**; für den Anzeigenteil: Wilhelm **Herzig**; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230625-14/fragment/page=0003

VSPD

Halle u. Bezirk Merseburg

Sekretariat: Halle (Saale), Harz 42/44, Hintergebäude, 2 Treppen :: Fernruf 1029

Parteigenossen! Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen der Partei Eure Frauen mit.

Halle.

Jungsozialisten. Mittwoch, den 27. Juni abends 1/28 Uhr im Jugendheim, Weidenplan: Treffen zum Gang ins Freie. — Bei ungünstiger Witterung Fortsetzung der Aussprache über das Hofgeismar-Heft der „Jungsozialistischen Blätter".

Beuna. Dienstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zätsch": Oeffentliche Volksversammlung. Thema wie unter Roßbach. Ref. Genosse Kunze (Remscheid). Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Benndorf-Neumark. Freitag, den 29. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Ködelpeter" in Naundorf: Oeffentliche Volksversammlung. Thema: Ruhrbesetzung, Industrieangebot und Arbeiterklasse! Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Kunze (Remscheid). Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Nebra a. Unstrut. Sonnabend, den 30. Juni, abends 8 Uhr, im „Ratskeller": Oeffentl. Volksversammlung. Thema und Referent wie unter Benndorf. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Frankleben. Donnerstag, den 28. Juni, abends 8 Uhr, Lokal siehe Plakate: Oeffentliche Volksversammlung. Thema: Ruhrbesetzung, Industrieangebot und Sozialdemokratie. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Kunze, Remscheid.

Leuna. Mittwoch, den 27. Juni, abends 8 Uhr, im „Gärtnereisaal" zu Rössen (Kolonie): Oeffentliche Volksversammlung. Thema Ruhrbesetzung, Industrieangebot und Sozialdemokratie. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Kunze, Remscheid. Genossen u. Genossinnen sorgt für guten Besuch der Versammlung.

Roßbach. Montag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zur frohen Botschaft": Oeffentl. Volksversammlung. Thema: Ruhrbesetzung, Industrieangebot und Sozialdemokratie. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Kunze, Remscheid (Besetztes Gebiet). Sorgt für starken Besuch der Versammlung.

Vereinsanzeiger

Halle.

Holzarbeiter-Verband. Dienstag, d. 26. Juni, abends 1/28 Uhr, im „Volkspark": Mitgliederversammlung. 1. Bericht vom Verbandstag in Kassel. 2. Aenderung der Sterbekassensatzungen. 1767

Stadt-Theater. Dienstag, abends 7 Uhr: **Peer Gynt** Mittwoch: 1766 Eine Nacht in Venedig

Koch's Künstlerspiele Bunte Bühne. Jeden Abend 8 1/4 Uhr: Das 1720 unübertreffliche **Juni-Programm** mit nur Attraktionen erster Bühnen.

ZOO Heute, Montag, 6 Uhr: Konzert

Wittekind Dienstag, 26. Juni, 4 Uhr: Konzert

Verlagsgenossenschaft „Volkszeitung" e. G. m. b. H., Halle.

Die Generalversammlung am 17. Mai hat die Auflösung der Genossenschaft beschlossen.

Die Liquidationsbilanz ist gleichlaut. mit der Jahresbilanz vom 31. Dez. 1922. Etwa noch bestehende Ansprüche an die Genossenschaft sind umgehend bei den unterzeichnet. Liquidatoren anzubringen.

Halle, 1. Juni 1923.

Otto Berbig. Karl Becker.

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe 1346 kauft laufend **A. Abramowitz** Schmeerstr. 14, I. (Kein Laden).

Hall. Genossenschafts-Buchdruckerei e. G. m. b. H. Halle (Saale).

Mittwoch, den 27. Juni, abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus", Harz 42/44:

Halbjahres-Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Halbjahresbericht.
2. Geschäftliches.
3. Anträge.

Anträge müssen spätestens 3 Tage vor Stattfinden der Versammlung im Bureau, Harz 42/44, eingegangen sein.

Zutritt nur für Mitglieder.

Der Vorstand.

Größte Auswahl, Billigste Preise in hölzernen und eisernen **Kinder-Bettstellen** **Bruno Paris, Halle** jetzt Leipziger Str. 12. 1771

Reparaturen an 1309 **Uhren** sowie Gold- und Silber-Gegenstände u. Schmucksach. übernimmt bei solid. Ausführg. zu norm. Preis. **H. Lerner,** Uhren-Rep.-Werkstatt Gr. Steinstr. 85 gegenüb. Barfüßerstr.

Herren- und Damengarderobe Wäsche, Betten, Leibscheine usw. kauft zu hohen Preis **L. Hirsch** Brüderstraße 3 1763

Herren-Sport- u. Knabenwesten und Jumper preisw. z. v. Gr. Gosenstr. 32, S.

Neue und gebr. Wäsche, Möbel usw. kauft zu reell. Preisen Frau Hornickel, Gr. Klausstr. 19. Tel. 4314. „Zur bunten Ecke". 1768

Volksblatt- Bilderbücher Jugendschriften Märchenbücher **Buchhandlung**

Brillanten, Gold- und Silber-Bruch kauft ständig zu reellen Preisen 1347 **Emil Poenitsch jun., Uhrmachermeister,** Marktplatz 13 (Ecke Talamtstraße).

Zeitungs-Fremdwörter Unentbehrlich für jeden Zeitungsleser Zusammengestellt von Karl Werner Preis 600 Mk., m. Porto 650 Mk. Zu beziehen durch die **Volksblatt-Buchhandlung** Halle, Gr. Ulrichstrasse 27

Der im Volksblatt erschienene Roman: **ZÖLIBAT** von Johann Fesch ist in Buchform zu beziehen, schön gebunden Preis 14 500 Mk. **Volksblatt-Buchhandlung** Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27.

Die veredelte Dauerwäsche Marke „Waschbär" seit Jahren beliebt! Keine Wasch- und Plätt-kosten. Im Tragen das Billigste! Dauerwäsche Vertrieb Kl. Berlin 2 1 Treppe Eing. Sternstr.

Inserate finden hier weiteste Verbreitung!

Wie der Kapitalismus entstand Ein Abriß der Entstehung und Wirkung des Kapitalismus und die Wege zu seiner Beseitigung von Dr. Walter Dietzel Preis 5000 Mark und 100 Mark Porto Vorherige Einsendung und Bestellung durch Zahlkarte erwünscht. **Volksblatt-Buchhandlung** Halle a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27.

Hausfrauen! Kauft nur in den Geschäften, welche bei uns inserieren.

Familien-Nachrichten

Nachruf.

Nach kurzer schwerer Krankheit wurde uns am Sonntagmorgen unser lieber Freund und Kollege, der Kassierer der Ortsgruppe Halle des Deutschen Eisenbahner-Verbandes,

Hermann Schachtel

durch den Tod entrissen.

Er war uns jederzeit ein leuchtendes Vorbild in treuer Pflichterfüllung und als Kämpfer für die Sache der Arbeiterschaft.

Sein Andenken wird bei uns unvergessen bleiben.

Die Ortsverwaltung u. Bezirksleitung Halle des Deutschen Eisenbahner-Verbandes.

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 27. Juni, nachmittags 1/23 Uhr, in der großen Kapelle des Gertraudenfriedhofes statt. — Die Kollegen sammeln sich vor der großen Kapelle.

Amtliche Bekanntmachungen

Kreis Querfurt

Laut Kreistagsbeschluß vom 24. Mai 1923 wird vom 1. Juli 1923 an für den Kreis Querfurt ein eigenes **amtliches Verordnungsblatt** eingeführt, welches vom Kreisausschuß herausgegeben wird und wöchentlich mindestens einmal, in der Regel am Sonnabend, erscheint. Es ist das amtliche Verkündigungsblatt für den Kreis Querfurt. Landrätliche Bekanntmachungen, Kreis- und kreispolizeiliche Verordnungen erhalten durch Abdruck in ihm Rechtskraft. Ein Abdruck dieser Bekanntmachungen und Verordnungen in den Tageszeitungen findet nur noch in den Fällen statt, in denen deren allgemeine Bekanntgabe für nötig erachtet wird.

Sämtliche im Kreise vorhandenen Behörden sind befugt in dem Verordnungsblatt ihre amtlichen Bekanntmachungen zu veröffentlichen, auch können solche von Privaten aufgenommen werden.

Alle Amts-, Gemeinde- und Gutsvorsteher des Kreises sind verpflichtet das Verordnungsblatt zu halten. Sie sind weiter verpflichtet das Verordnungsblatt in ihren Geschäftszimmern offen auszulegen.

Das „Amtliche Verordnungsblatt für den Kreis Querfurt" wird im 9. Nachtrag zur Zeitungspreisliste Aufnahme finden. Bestellungen auf dasselbe nehmen die Postanstalten an. Der Bezugspreis ist zurzeit auf vierteljährlich 1600 Mk. festgesetzt. 1688

Querfurt, den 15. Juni 1923.

Der Kreisausschuß.

Halle

Stuhlflechtrohr G. Osswald Nachf. Drogen, Farben, Lacke Geiststrasse 34

Fritz Schreiner Gr. Brauhausstr. 31, am Leipziger Turm Schürzen, Wäsche, Strümpfe

Alteisen, Metalle, Papier, Bücher, Lumpen kauft zu den höchsten Tagespreisen **Rich. Walther, Marienstr. 7** Halle, 2 Minuten vom Hauptbahnhof

Damenhüte, Hutumarbeitung Pelzumarbeitung, Umpresshüte **Frida Graf** Halle a. d. S., Ludwig-Wucherer-Straße 55 Ecke Mühlweg und Fritz-Reuter-Straße.

Aesculap-Drogerie, Max Matter Halle a. d. S., Ludwig-Wucherer-Str. 71 Ecke Goethestraße — Fernsprecher 4310

Paul Fuchs Grosse Brunnenstrasse 69 **Kohlen** Handwagen stehen zur Verfügung

Friedrich Georgi, Brunnenstr. 63 Uhren u. Goldwaren Eigene Reparaturwerkstatt

Rohprodukten Felle und Altmetalle aller Art kauft ständig zu reellen Tagespreisen **W. Panecke** Magdeburg. Str. 12 Geiststrasse 20 Telephon 5816.

Gebr. Krüger, Geiststr. 32 Delikatessen - Weine - Spirituosen

Künstlerölfarben - Temperafarben sowie sämtliche Malutensilien **Paul Simon Nachf.** Grosse Ulrichstr. 31

Otto Kühlewind Oefen, Kochherde, Waschkessel, Zubehörteile **Halle, Große Klausstr. 16** (Kein Laden)

Carl Saatz, Rannische Str. 6 Verteilhafte Bezugsquelle für sämtliche Waschmittel

Rohprodukten Felle usw. kauft zu höchsten Preisen **Ida Meinhardt,** Triftstr. 17

Gebr. Schubert Brotfabrik und Roggenmühle Merseburger Strasse 102 Telephon 6675

Roßschlächterei **Arthur Hoffmann** Merseburg Brühl 6 Telephon 264

Felle — Schafwolle kauft zu Tagespreisen Sofortiger Umtausch von Schafwolle gegen Strickgarn **F. Hermann, Merseburg** Gotthardtstraße 32.

Hugo Mulke Halle Rannischestr. 12 Konfektion-Herrenartikel

Rohprodukte Felle usw. kauft laufend Franz Bock, Merseburg. Schmalestraße 26.

Bernhard Reiche - Merseburg Hallesche Str. 27 (Nähe des Bahnhofs) Tel. 376 Kleiderstoffe, Seidenwaren, Herrenstoffe Leinen- und Baumwollwaren, Gardinen

Nordsee-Fischhalle F. Carl Siebert Merseburg Täglich frische Fische und Räucherwaren

H. Budig, Merseburg Hälterstraße 29 Schokoladen — Zuckerwaren

Otto Dobkowitz Merseburg Entenplan 8 Telephon 58 Geschäftshaus für Mode-, Bekleidungs- u. Ausstattungsartikel Große Auswahl — Niedrige Preise

H Geschäftliche Rundschau u. Dauer-Fahrplan (Musterschutz).

Halle-Hettstedter Eisenbahn.

a) Fernverkehr bis Hettstedt.

Abf.: 6^{30}, 9^{00}S, 2^{00}, 7^{30}. — Ank.: 8^{12}, 11^{48}, 2^{50}, 8^{17}.

b) Vorortverkehr bis Dölau bzw. Cöllme.

Abfahrt: 4^{30}W, 5^{10}W*), 6^{30}, 7^{00}W, 9^{00}S, 10^{30}W*), 1^{00}, 2^{00}, 3^{00}, 4^{00}, 5^{00}, 6^{00}S, 6^{30}W, 6^{40}S, 7^{30}, 9^{00}S, 11^{30}.

Ankunft: 5^{06}W, 5^{43}W, 6^{30}W*), 7^{36}W, 8^{12}, 11^{48}, 1^{36}, 2^{50}, 3^{36}, 4^{36}, 5^{36}, 6^{36}S, 7^{06}W, 7^{16}S, 8^{17}, 9^{36}S, 12^{06}.

*) Zug fährt bis bzw. von Cöllme.

Ueberlandbahn Halle-Merseburg.

Abfahrt: 5^{20}W, 5^{45}, 6^{30}W, 6^{45}, 7^{25}W, 7^{40}, 8^{30}, 8^{45}, 9^{40}, 10^{20}, 11^{00}, 11^{40}, 12^{20}, 1^{00}, 1^{40}, 2^{20}, 3^{00}, 3^{40}, 4^{20}, 4^{40}, 5^{00}, 5^{20}, 5^{40}, 6^{00}, 6^{20}, 6^{40}, 7^{00}, 7^{40}, 8^{20}, 9^{20}, 9^{40}S, 10^{20}, 11^{00}S, 11^{20}, 11^{20}S*), 12^{15}. *) hält nur in Schkopau am Raben

Ankunft: 5^{18}W, 5^{40}, 6^{30}W, 6^{35}, 7^{25}W, 7^{25}, 8^{14}, 8^{45}, 9^{35}, 10^{10}, 10^{50}, 11^{30}, 12^{10}, 12^{50}, 1^{20}, 2^{10}, 2^{50}, 3^{30}, 4^{10}, 4^{50}, 5^{10}, 5^{30}, 5^{50}, 6^{10}, 6^{30}, 6^{50}, 7^{30}, 8^{10}, 8^{50}, 9^{30}S, 10^{10}, 10^{58}S, 11^{10}, 12^{05}.

In Merseburg ist sogleich Anschluß nach Frankl.-Müch. sowie Rössen-Dürrenberg

Merseburg

Karl Wittenbecher Merseburg, Am Neumarkistor 1 :: Hüte · Mützen ::

Gold-, Silber-, Platin-Bruch und -Gegenstände kauft v. Heeringen, Halle, Martinstr. 11 — Merseburg, Oelgrube 7

Vereinigte Theater Lichtspiele Merseburg. Wöchentlich 2 mal Programmwechsel Anfang 5 und 7 1/2 Uhr.

„Stadt-Café" H. Ruhe. Merseburg, Ueberlandbahnhof, I. Et. Täglich Künstler-Konzert!

Zigarrenhaus Franz Müller Merseburg, Gotthardtstr. 48 Tabakwaren

Georg Trautmann, Roßschlächterei. Stets frische Fleisch- und Wurstwaren. Merseburg, Tiefer Keller 1, Telephon 583. Ankauf von Schlachtpferden.

Gebr. Scheibe Merseburg, Schmale Straße 25. Tel. 235. Wohnungs-Einrichtungen :: Einzelmöbel :: Sargmagazin ::

Michel-Brikett-Verkaufsstelle m. b. H. Merseburg Fernruf 82 Anerkannt beste Marke **Michel** Jahresproduktion: 150 000 Doppelwaggons

Joh. Zimmermann Manufaktur — Schuhwarenhandlung Hälterstr. 9 Merseburg Hälterstr. 9 Spezialhaus für Arbeiterkleidung Teilzahlung gestattet

J. G. Knauth & Sohn Hüte :: Mützen :: Herrenartikel

Paul Lützkendorf Laub- und Nadelholz Merseburg . . . Telephon 340

Eduard Dreße Installation Haus- und Küchengeräte Gotthardtstraße 17

Ammendorf

Probsthayn, Mittelstr. Manufakturwaren — Berufskleidung Spezialität: Damen- und Herren-Wäsche

Aug. Herold, Hallische Str. 11 Bäckerei und Konditorei

Gustav Godehardt Hüte :: Mützen :: Herren-Artikel

Max Landmann, Sanitäts-Drogerie Drogen — Farben — Abt. f. Lebensmittel

Konditorei und Café Mogk Empfehle meine ff. Torten, Eis, Desserts, Teegebäck usw. für Hochzeiten u. Familienfestlichkeiten

Gebrüder Büchner Lebens-, Genuß- und Waschmittel en gros en detail

Kaufhaus Kurt Binnewies Reichhaltiges Lager in Blusen, Kleider, Röcke, Hemden Schürzen, Herrenartikel.

Sanitäts-Drogerie, Ernst Meyer Ammendorf-Radewell :: Tel. 236 Spirituosen, Farben, Drogen, Gummiartikel.

Paul Angermann Ammendorf - Döllnitz Fahrräder, Nähmaschinen, Reparatur-Werkstatt

Mücheln

M. Bergmann, Inh.: O. Bergmann Herren-, Knaben-, Berufskleidung Gummimäntel :: Hüte :: Mützen

Karl Meyer, Mücheln Schuhgeschäft, Maß- und Reparatur-Werkstatt

Photograph Hippe Mücheln (am Schützenhaus) Fernruf 94 Aufnahmen auch ausserhalb.

Arthur Hoffmann Größtes Herren-, Jünglings-, Knaben-Bekleidungs-Spezialhaus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230625-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 25. Juni 1923.

Organisierung des Verfalls ...

Schutzmaßnahmen gegen das Herabstürzen von Bauteilen.

In neuerer Zeit ist mehrfach von Unfällen berichtet worden, die durch Herabstürzen von Bauteilen infolge Nachgebens oder Zerstörung ihrer Befestigungsmittel entstanden sind, weil während des Krieges und in der Nachkriegszeit die Unterhaltung der Bauten nachgelassen oder gänzlich aufgehört hat. Die Gefahr des Herabstürzens droht namentlich bei den Putzschalen der Häuser, bei den Stützkonsolen von Balkonen und Gesimsen und bei solchen Bauteilen, deren Standfestigkeit in der Regel auf Hilfskonstruktionen aus dünnen Eisenstab- oder Drahtgebilden beruht, da diese einer schnellen Zerstörung durch Rost ausgesetzt sind. Hier kommen namentlich Fahnenstangen, Schornsteine und aufgehängte Blinddecken in Frage. Auch die Dach- und Hallenkonstruktionen aus dünngliedrigem Eisenfachwerk sind der Gefahr eines Zusammenbruchs ausgesetzt, wenn der vorgeschriebene Oelfarbenanstrich nicht in gewissen Zeiträumen erneuert wird.

In einem neuen Erlaß weist, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, der Minister für Volkswohlfahrt auf die Pflicht der Polizeibehörden hin, diesen Gefahren nach Möglichkeit vorzubeugen. Ausreichende Sicherheit würde allerdings nur durch eine genaue Untersuchung aller Bauwerke zu erreichen sein, die aber die Baupolizeibehörden bei dem Fehlen der notwendigen Arbeitskräfte wohl nicht überall werden vornehmen können. Was die Baupolizeibehörden jedoch tun können und tun müssen, ist, die Eigentümer auf die drohenden Gefahren und ihre Verantwortung aufmerksam zu machen. Die Eigentümer sollen aufgefordert werden, ihre Gebäude innerhalb angemessener Fristen durch geeignete Sachverständige auf die erwähnten Gefahrenmöglichkeiten hin untersuchen zu lassen. Auch sollen die polizeilichen Baukontrolleure mit Anweisung versehen werden, bei ihren Kontrollgängen hierauf besonders zu achten.

Proletariers Beitrag zur Staatserhaltung.

Was wird von der Lohnsteuer abgezogen.

Auf Antrag der Sozialdemokratie wurde bekanntlich im Steuerausschuß des Reichstages gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien eine fünffache Erhöhung der Abzüge von der Lohnsteuer beschlossen. Die Einzelabzüge sind unseren Lesern in ihrer Höhe bereits bekanntgegeben. Ihre Auswirkung auf die Gehälter bzw. Löhne gestalten sich wie folgt:

Es bleiben vom 1. Juli 1923 an bei einem unverheirateten Arbeitnehmer monatlich 560 000 Mk., bei einem verheirateten Arbeitnehmer ohne Kinder monatlich 620 000 Mk., bei einem verheirateten Arbeitnehmer mit zwei Kindern monatlich 1 420 000 Mk., bei einem verheirateten Arbeitnehmer mit vier Kindern monatlich 2 220 000 Mk., bei einem verheirateten Arbeitnehmer mit sechs Kindern monatlich 3 020 000 Mk. des Arbeitslohnes steuerabzugsfrei. — Die vom Arbeitslohn einzubehaltenden Steuerbeträge sind in allen Fällen auf volle 10 Mk. nach unten abzurunden.

Abgesehen von diesen ziffernmäßigen Aenderungen ist der Arbeitgeber nach wie vor an die Eintragungen, die von der Gemeindebehörde oder von dem Finanzamt auf dem Steuerbuch hinsichtlich der Zahl der bei den einzelnen Arbeitnehmern zu berücksichtigenden Familienangehörigen gemacht worden sind, gebunden.

Auch eine Erinnerungstafel.

Der fortlaufende Stahlhelm-Skandal

nimmt völlig unerträgliche Formen an. Als gestern abend 9 Uhr die am Eisleber Gewerkschaftsfest beteiligten hallischen Arbeitergruppen im geschlossenen Zuge die Leipziger Straße passierten, wurden sie (genau wie in Eisleben) in der Nähe des Kaffeehauses Zorn von Stahlhelmern angegriffen. Ein Stahlhelmer mit verbundenem Kopfe (ein Eisleber Andenken) schlug nach einem auf einer Bahre liegenden Genossen. Dieser gemeine Angriff wurde jedoch abgeschlagen. Die Schutzpolizei zu Pferde, die sofort zur Stelle war, brachte die Kämpfenden auseinander. Dann erst konnten die Arbeiter weitermarschieren. Ein erneuter Angriff der Stahlhelmer auf den Schluß des Zuges wurde durch Schutzpolizei verhindert.

Ein Anwohner des Neumarktschützenhauses, des großen Hauptquartiers der Stahlhelmleute, schreibt: Stahlhelm-Radauhelden und ihr nationalistischer Anhang gaben sich Sonnabend abend in Halle ein Stelldichein, um am Sonntag den großen Monarchistenrummel in Eisleben aufzusuchen. Mit Musik, Tamtam und Sipobegleitung zu Fuß und hoch zu Roß kamen sie auch ins Neumarktschützenhaus. Und nun begann das übliche Sausen mit anschließender nächtlicher Ruhestörung. Besonders stark war der Radau auf dem Harz, sowie in den angrenzenden Straßen morgens zwischen 3 und 4 Uhr, als die aus dem Bezirk zusammengeholten Bürschchen mit Musik loszogen. Bei solchen Anlässen läßt leider auch die Sipo die Radauhelden, deren Paraden vorher zu verschönern sie sich bemüht, ungezügelt gewähren, so daß die Bürger selbst wie kürzlich in der Neumarktstraße, zum Wassereimer greifen müssen, um das Radaugesindel aus den Straßen zu verscheuchen. Erfüllen die Sicherheitsorgane ihre Pflicht künftig nicht besser, so darf sich niemand wundern, wenn die Arbeiterschaft das Bedürfnis hat, die Abwehr solcher Gebaren für Ruhe und Republik zu organisieren.

Ist Gas zum Kochen und Heizen zu teuer?

Die Preisentwicklung für Gas, Braunkohlenbriketts und Braunkohlengrude, die für Mitteldeutschland für den Haushaltsbedarf in Fragen kommenden Brennmaterialien, ist folgende:

	Preis 1914	1923 (Ende Juni)	Steigerung
	Mk.	Mk.	
Gas 1 Kubikmeter	0,14	1 000	7 150fach
Braunk.-Briketts 1 Ztr.	0,75	15 200	20 300fach
Braunk.-Grude 1 Ztr.	1,—	14 000	14 000fach

Ist danach das Gas im Preise bei weitem am wenigsten der Teuerung gefolgt, so tritt der Vorteil der Gasverwendung gegenüber den anderen Brennmaterialien besonders deutlich in die Erscheinung, wenn die in bezug auf die Ausnutzbarkeit gleichen Mengen gegenübergestellt werden:

1 cbm Gas = 1000 Mk. entspricht
5,2 kg Braunkohlen-Briketts = 1580 „ oder
4 kg Grude = 1120 „

Es liegt also trotz des scheinbar hohen Preises durchaus im Interesse der Verbraucher, sich nach Möglichkeit des Gases zum Kochen, Backen, Braten, Plätten, Heizen zu bedienen, selbst wenn sie billigere Kohlen noch im Keller haben sollten. Die letzteren werden im Winter ohnehin benötigt und müssen dann zu ganz wesentlich höheren Preisen wiederbeschafft werden.

Für die Verbraucher von Gas zu gewerblichen Zwecken stellen sich die Verhältnisse infolge der Preisermäßigung von 20 Prozent für Gas noch wesentlich günstiger. Bezüglich der Gasbeleuchtung wird erneut darauf aufmerksam gemacht, daß sich Hängelichtbrenner für etwa 100 oder 60 Kerzen Helligkeit mit sehr geringen Mitteln durch andere Brennermundstücke für kleinere Glühkörper mit 60 und 30 Kerzen einrichten lassen, die einen entsprechend geringeren Gasverbrauch haben. Man wende sich deshalb an die Installationsgeschäfte.

Arbeiter-Politik in der Kommune.

Die Stadtverordneten und Gemeindevertreter des Saalkreises waren am Sonntagvormittag im „Volkspark" zusammengekommen, um Anregungen zu praktischer Arbeit auf kommunalpolitischem Gebiet zu empfangen und zu geben. Leider war der Besuch nur mäßig, obwohl die Konferenz von allen Seiten lebhaft gewünscht worden war.

Genosse Kleeis, Bürgermeister in Aschersleben, sprach über „Arbeiter-Politik in der Kommune". Leider können wir auch heute, wie gewöhnlich, das Referat nur ganz gedrängt wiedergeben, obwohl es seines instruktiven Charakters wegen eine ausführliche Behandlung verdient hätte. Genosse Kleeis ging von der Tatsache aus, daß die einschneidenden Veränderungen am Wirtschaftskörper auf die Kommunen ganz besonderen Einfluß ausüben müssen, weil deren Selbständigkeit in vielen Punkten (Einnahmen!) noch geringer als früher ist. Der Arbeiterpolitik in der Gemeinde sind also von vornherein ziemlich enge Grenzen gezogen, und es ist oft schwer, im Sinne des Sozialismus zu wirken. Die Frage darf aber nicht allein die sein, was die Sozialdemokratie erreichen, sondern was die Sozialdemokratie verhindern konnte.

Was wäre ohne die Sozialdemokratie geworden?

Das ist die Frage, die wir allen Unzufriedenen vorlegen müssen. — Genosse Kleeis behandelte dann die Wesensmerkmale der beiden Gemeindeorgane: Gemeindevertretung (beschließendes Organ) und Gemeindevorstand (ausführendes Organ). Während der Gemeindevorstand in den Landgemeinden eine Person und an die Beschlüsse der Gemeindevertretung gebunden ist, besteht er in den Städten aus einem Kollegium (Magistrat), das den Beschlüssen der Stadtverordneten nicht beizutreten braucht. Die Sozialdemokratie erstrebt das Einkammer-System. Leider sieht der Entwurf zur neuen Landgemeindeordnung noch keine klare Regelung vor.

Genosse Kleeis sprach dann über die geschwundene Bedeutung des Haushaltsplanes und die Finanzschwierigkeiten der Gemeinden. Ihre Haupteinnahmen bestehen in dem fünfundsiebzigprozentigen Zuschuß des Reichs zu den Gehältern und Löhnen. Eine Sanierung der Reichsfinanzen, die heute mit der Notenpresse „aufgebessert" werden, muß auch die Gemeinden in eine gefährliche Lage bringen, weil die Stillegung der Notenpresse die Haupteinnahmequelle der Kommunen zum Versiegen bringen würde. Der Redner besprach dann die Anteile der Gemeinden, denen durch die Reichssteuergesetzgebung wichtige Steuereinnahmen entrissen worden sind, an den Erträgnissen der Aufkommen und ihre Rechte, Zuschläge zu erheben. Da wir das Thema des öfteren behandelt haben, glauben wir, auch auf eine auszugsweise Wiedergabe dieses Teils der Ausführungen verzichten zu sollen. Das Landessteuergesetz regelt die Anrechte der Länder an das Reich und der Gemeinden an die Länder endgültig. Ueber die kleinen Steuern (Wohnungsluxussteuer, Dienstbotensteuer) sprach sich der Redner nicht besonders zuversichtlich aus, weil in ihrem Wesen die Berücksichtigung besonderer Verhältnisse und darum ein ungewöhnlicher Aufwand bei der Veranlagung begründet sei. Hier ist es wie mit dem Sparen: Nur die Erschließung großer Einnahmen und die Erzielung wesentlicher Ersparnisse kann uns retten. Der Redner trat nicht nur für die Wohnungsbauabgabe ein, sondern forderte auch eine Heranziehung der Ledigen eben wegen deren Ausbeutung als Folge der ungerechten Verhältnisse. Eine wesentliche Entlastung der Gemeinden entspringt aus der Sozial- und Kleinrentnerfürsorge, die viele frühere Armenunterstützungsempfänger umfaßt. Auch Genosse Kleeis warnte davor, Gemeindebetriebe privatwirtschaftlich betreiben zu lassen. Das Gas- und Elektrizitätswerk Aschersleben wird seit Jahren völlig nach gesunden kaufmännischen Grundsätzen betrieben, ohne daß es auch nur der Form nach entkommunalisiert worden wäre. Offenbar werde die Sozialdemokratie zur Beihilfe bei der Entkommunalisierung zu überreden versucht, damit das Bürgertum von der Bankrotterklärung der sozialistischen Gemeindepolitik reden könne.

Lebhafter Beifall dankte dem Redner und bewies, daß die Versammelten durch den Vortrag reiche Anregungen empfangen hatten.

In der Diskussion führte Genosse Müller, Landrat des Saalkreises, aus, daß man wertbeständige Anleihen nur dann begeben dürfte, wenn man den Gegenwert habe und wenn die Anleihe einem besonderen Zweck dient. Nach treffenden Ausführungen über die Wohnungsbauabgabe sprach Genosse Müller von der Notwendigkeit, auch heute schon das Schulgeld der höheren Schulen so niedrig wie möglich zu halten und die Lernmittel unentgeltlich abzugeben. Selbstverständlich tut es Schulgeldfreiheit nicht allein; die Reform des Freistellen- und Stipendienwesens ist notwendig.

Genosse Dölz sagte, daß von einer Entkommunalisierung der städtischen Werke gar keine Rede sein könne, sondern nur von der Schaffung einer neuen Betriebsform. Genosse Habermann (Ammendorf) besprach die Entlastung des Gemeindevorstands durch Verselbständigung des Wohlfahrtsamts hinsichtlich der Anpassung von Unterstützungssätzen an die Teuerung. Genosse Albrecht (Könnern) bemängelte, daß Kleinrentner, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt worden sind, den Erben noch erhebliche Besitztümer hinterlassen können. Aehnlich äußerte sich Genosse Heyer (Löbejün). Genosse Kurth (Könnern) und Genossin Sachse (Nietleben) erhielten verschiedene Anfragen lokaler Bedeutung beantwortet. Genosse Petersdorff bedauerte, daß die Sozialdemokratie noch kein einheitliches Kommunalprogramm für das Reich habe. Seine Schaffung sei eine Notwendigkeit.

Der Auffassung trat Genosse Kleeis im Schlußwort entgegen. Richtlinien zentraler Stellen seien immer eine heikle Sache. An ihre Stelle müsse die Arbeit von Konferenzen kleinerer Gebiete treten. Ueber den Ausgang der kommenden Kommunalwahlen sprach der Redner sich zuversichtlich aus. Wenn die Sozialdemokratie wie bisher praktische Arbeit zum Wohl der Arbeiter und Angestellten leistet, dann wird sie die Wahl nicht zu fürchten haben.

Der Vorsitzende, Genosse Ferchlandt, vermochte am Schluß der Tagung festzustellen, daß die Versammelten mit neuen, wertvollen Anregungen an ihre zähe Arbeit in den Stadtparlamenten und Gemeindevertretungen gehen werden.

Die Steintordielen-Affäre als Mythe.

Abfuhr völkischer Verleumder.

Ein trauriger Schwindel, mit dem die reaktionäre Presse Halles monatelang hausieren ging, um Beamten aus dem Arbeiterstande die Arbeit zu verleiden, ist durch folgende Mitteilung der Regierung in Merseburg erschlagen worden. Sie lautet:

„Der des öfteren in der Presse erörterte Zusammenstoß des Polizeipräsidenten Runge und des Stadtrat Dölz mit zwei Schutzpolizeibeamten in einem hallischen Lokale hat nunmehr seine Erledigung gefunden. Nachdem bereits die auf Veranlassung des Regierungspräsidenten in Merseburg eingeleitete eingehende Untersuchung die Feststellung, daß eine Ueberschreitung der Polizeistunde nicht vorlag, sowie die Haltlosigkeit der über den Polizeipräsidenten Runge und den Stadtrat Dölz gebrachten Angaben ergeben hatte, hat jetzt auch der Oberstaatsanwalt in Halle a. S. das auf Antrag der beiden Polizeibeamten eingeleitete **Verfahren wegen Beleidigung, Nötigung und Freiheitsberaubung eingestellt.**"

Man muß wirklich gespannt sein, mit der Erfindung welcher Geschichten die abgeblitzten Herrschaften sich nun die Zeit vertreiben werden.

* **Sommer-Sonderzug am 30. Juni nach München.** Bei genügender Besetzung soll am 30. Juni ein zweiter Sommer-Sonderzug von Berlin nach München über Halle abgelassen werden; Halle ab 7.45 Uhr nachmittags. Verkehrt dieser Zug infolge geringer Nachfrage nicht, werden die schon gelösten Karten entweder am 27. Juni durch die Fahrkartenausgabe Halle (S.) zurückgenommen oder sie gelten zum Sonderzuge am 1. Juli, Halle ab ebenfalls 7.45 Uhr nachmittags. Der Ausfall des zweiten Zuges am 30. Juni wird durch die Fahrkartenausgabe Halle (S.) und Ankunftsstelle Leipzig (Hbf.) bekanntgegeben.

* **Beratungsstelle für Geschlechtskranke.** Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt hat in Halle eine Beratungsstelle für Geschlechtskranke eingerichtet. Sie befindet sich Grünstraße 5/6 und steht unter Leitung von Herrn Prof. Dr. Sowade. Sprechstunden werden abgehalten Montag und Donnerstag nachmittags von 5 bis 7 Uhr. In der Beratungsstelle werden alle bei der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt, der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, der Norddeutschen Knappschaftspensionskasse und der Pensionskasse für die Arbeiter der Preußisch-Hessischen Eisenbahngemeinschaft versicherten geschlechtskranken Personen und deren Angehörige, sowie auch die diesen Kreisen nahestehenden nichtversicherten Personen unentgeltlich und unter völliger Geheimhaltung untersucht und beraten.

* **Zoologischer Garten.** Am Alpinumwege sind zwei neue Tiere aus Afrika untergebracht, die beide zu den Kleinraubtieren zu rechnen sind. Das ist eine Ginsterkatze, die durch ihre eleganten Bewegungen und ihr schönes graues, schwarzgetüpfeltes Kleid auffällt. Sie ist in Afrika bei den Eingeborenen wenig beliebt, da sie gern die Hühnerställe plündert. Im Gegensatz zu ihr erfreut sich die Surikatze großer Beliebtheit, da sie als Mäuse-, Schlangen- und Insektenvertilger gern in den Hütten und Häusern gehalten wird. Sie ist ein iltisgroßes, gelbgraugefärbtes Tier, das mit seinem unruhigen Wesen, seiner murksenden Stimme und seinem „Männchenmachen" komisch wirkt. Frischgesetzt sind Damhirsche, Lama und Rothirsch. — Der Preis der Dauerkarten mußte der Teuerung folgend heraufgesetzt werden. Die Nachzahlungen müssen bis zum 30. Juni geleistet werden.

* **Balkonwettbewerb.** Das andauernd ungünstige Wetter hat die Entwicklung der Balkonpflanzen in einem so starkem Maße zurückgehalten, daß zu dem vom Verschönerungsverein und Gartenbauverein veranstalteten Balkonwettbewerb, für den die Anmeldefrist mit dem 25. Juni abläuft, gegenüber den Vorjahren nur recht wenig Anmeldungen vorliegen. Die Anmeldefrist wird daher mit Rücksicht auf die ungünstige Witterung bis zum 15. Juli verlängert. Die Teilnahme am Wettbewerb ist unentgeltlich. Die Anmeldung hat bei Herrn Gartendirektor Berckling, Am Galgenberg 2, zu geschehen.

* **Vertrauliche Behandlung von Wucheranzeigen.** Vielfach bitten Personen, die Anzeigen wegen Preiswuchers erstatten, um vertrauliche Behandlung ihres Namens, da sie andernfalls Nachteile verschiedenster Art befürchten. Da die Erfahrung gezeigt hat, daß diese Befürchtungen nicht immer unbegründet sind, und infolgedessen die Verbraucher sich vielfach scheuen, Anzeige zu erstatten, weist der Präsident des Landespolizeiamts, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, die nachgeordneten Behörden darauf hin, daß es im Interesse einer wirksamen Wucherbekämpfung zweckmäßig ist, einer dahingehenden Bitte soweit wie irgend angängig zu entsprechen.

* **Festgenommen.** Bei der Fremdenkontrolle am 17. Juni wurde der von Stettin verfolgte Kaufmannslehrling Kurt Groß, 17 Jahre alt, im Hotel „Stadt Bernburg" festgenommen. Er hat seinem Lehrherrn in Stettin 9 Millionen Mark unterschlagen und sie seit dem 1. Juni bis auf 20 Mk. durchgebracht.

* **Großfeuer.** Vorgestern nacht brach in den Hüttenwerken Trotha ein größerer Brand aus, der den Dachstuhl des Raffinierwerks sowie einen Teil des angrenzenden Neubaues ergriffen hatte. Durch den starken Wind begünstigt trieb das Feuer auf das Hochofenwerk zu und gefährdete es auf das stärkste. Der bis in die Mitte der Stadt sichtbare Feuerschein trieb die Fahrzeuge der Hauptfeuerwache und der Feuerwache Süd zu äußerster Eile an; zugleich wurde auch die freiwillige Feuerwehr Halle-Trotha alarmiert. Die Feuerwehr, deren Tätigkeit durch ständige Einsturzgefahr stark erschwert wurde, griff das Feuer mit sämtlichem mitgeführten Schlauchmaterial an. Es gelang ihr schließlich, den Brand auf seinen Herd zu beschränken und eine Stillegung des gefährdeten Teiles der Hüttenwerke und damit eine Entlassung von Arbeitern zu verhindern. Gegen 2 Uhr morgens konnte die Feuerwehr unter Zurücklassung einer Brandwache abrücken.

Film und kleine Bühne.

W.-T., Gr. Steinstr. Wieder einmal wird hier dem Publikum eine Tragödin des Films in Bella Polini bekannt gemacht. Ihr Gebiet zeichnet der laufende Film **„Abgründe der Liebe"** klar umrissen vor. Das Weib, das aus Hang zu dem „Einen" zum Werkzeug von Einbrechern und Mördern wird, zu verkörpern, gelang ihr darum vollkommen. — Dieses deutsche Erzeugnis stellt übrigens als Ganzes in jeder Hinsicht eine beachtliche Leistung dar. — Nicht minder wirkt der Polini Gestaltungskraft in **„Mitternachtsbesuch"**, dem Bühneneinakter. Ein Stück, das tatsächlich wegen der sinnvollen, wahrscheinlichen Handlung manches bisher in dieser Art Gebotene übertrifft. Es hält in Spannung bis zum letzten Augenblick, der das Vorhergesehene als Komödie erkennen läßt.

U.-T., Alte Promenade. **„Prinzessin Suwarin"**, frei nach dem Roman der „BIZ." bearbeitet, entrollt das Leben der kleinen Russin, nach der Flucht aus der Heimat, auf deutschem Boden. Wenn auch das Thema nicht neu ist, gelang es doch der Regie bei guter Rollenbesetzung einen ansprechenden Film zu schaffen. Anerkennenswert vor allem, weil der Kreis der Mitwirkenden, selbst der Hauptpersonen, kein kleiner ist. — Die Prinzessin spielte Xenia Desni, die, als Kind des Ostens, wohl die geeignetste Persönlichkeit dafür war. — Die Frankfurter Gedenkfeier des ersten deutschen Parlaments wird im Film gezeigt. F—e.

Versammlungen und Veranstaltungen.

* **Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Ortsgruppe Halle.** Sonnabend, 30. Juni, abends 8 Uhr, in Wilsdorfs „Gesellschaftshaus", Karlstraße 14: Ordentliche Mitgliederversammlung. Da sich der Kamerad Reinhold Fiedler in dieser Versammlung von der Ortsgruppe verabschiedet, wird das vollzählige Erscheinen aller eingetragenen Mitglieder erwartet. Freunde und Gönner der Ortsgruppe sind willkommen.

Wetter-Voransage.

Dienstag, 26. Juni. Wolkig, zeitweise heiter, etwas kühler, mäßiger Regen.

Mittwoch, 27. Juni. Teilweise heiter, vorwiegend trocken, nachts kühl, tagsüber etwas wärmer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230625-14/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Unsere Postbezieher

ersuchen wir um baldige Erneuerung des Abonnements dieser Zeitung für Monat Juli, damit die Zustellung beim Monatswechsel störungslos vonstatten geht. Ebenso machen wir auf eine in den nächsten Tagen erfolgende Nachklassierung des Differenzbetrages zu dem für Juli infolge der jetzt eingetretenen außerordentlichen Geldentwertung notwendig gewordenen erhöhten Bezugspreis aufmerksam.

Unsere Leser wollen 5500 Mk. hierfür bereithalten, damit die Post nicht die Zeitungszustellung unterbricht. Die sofortige Nachklassierung, noch ehe wir in der Lage sind, den Bezugspreis für Juli festzusetzen und bekanntzugeben, beruht auf postalischer Vorschrift, doch dürfen die Leser überzeugt sein, daß unser Zeitungspreis auch im kommenden Monat sich in den mäßigsten Grenzen und weit unter der eingesetzten und noch folgenden allgemeinen Preissteigerung halten wird.

Werbt neue Leser und schafft damit die Möglichkeit, allen unseren Bestehern ihr Blatt zu einem möglichst niedrigen Bezugspreise zu liefern.

Verlag Volksblatt G. m. b. H.

Genossin Hübler †.

Heute morgen kam aus Schkeuditz die erschütternde Nachricht, daß unsere allseitig beliebte, treue Parteigenossin Anna Hübler nach kurzem schmerzlichen Krankenlager in der Nacht vom Sonntag zum Montag plötzlich verstorben ist. Die Partei, besonders die Schkeuditzer Bewegung, erleidet durch den Tod der Genossin Hübler einen herben Verlust, denn die Genossin Hübler war eine von den Genossinnen, die unermüdlich, auch in den schwersten Zeiten, für die proletarische Sache gewirkt und gekämpft hat. Schon in ihrer Jugend hat sie für den Sozialismus gelitten und die Bedrückungen des alten früheren, monarchistischen Regimes erfahren. Unter dem Sozialistengesetz war es ihr Vater, Konrad Müller, dem die Arbeiter des Bezirks noch heute ein gutes Angedenken bewahren für seine aufopfernde Tätigkeit für unsere Bezirksorganisation, der von den Schergen Bismarcks ausgewiesen und gehetzt wurde, hinweggetrieben von seiner Familie im Exil lebte. Die Genossin Hübler, damals schon ein reifes Mädchen, hat in dieser Zeit den furchtbaren Ernst des Lebens kennengelernt und mutig den Kampf aufgenommen gegen die Unterdrücker des Proletariats. So stand sie auch in den letzten Jahrzehnten immer in den vordersten Reihen der sozialistischen Bewegung. Durchglüht von den sozialistischen Idealen, hat sie immer und überall in Stadt und Land, sehr oft unter den größten Anstrengungen und Entbehrungen die sozialistischen Ideen verbreitet. Durch ihr ehrliches und offenes Wesen gewann sie auch sehr bald die Sympathien und das Vertrauen der Arbeiter des Bezirks. Als die Revolution ausbrach, war es selbstverständlich, daß Genossin Hübler führend voranging.

Zum Dank für ihre opferreiche Arbeit wurde sie 1919 als Vertreterin unseres Bezirks auch in die Nationalversammlung gewählt. Infolge Krankheit konnte sie später zum Reichstag nicht wieder kandidieren. War ihre jahrzehntelange Tätigkeit schon für die gesamte Bewegung des Bezirks umfangreich und fruchtbringend, so insbesondere aber für Schkeuditz selbst. Selbstlos, mit besonderer Hingabe hat sie im Stadtparlament und überall, wo es möglich war, gewirkt und sich dadurch das volle Vertrauen und den Dank der Schkeuditzer Arbeiter erworben.

Mit tiefem Schmerz erfüllt uns das Hinscheiden der Genossin Hübler. Wir werden ihrer stets mit Dankbarkeit und Verehrung gedenken. In ihrem Sinne handeln wir auch, wenn wir ihr Andenken dadurch ehren, indem wir festhalten an Sozialismus und unermüdlich für die Befreiung des Proletariats wirken.

Untat einer Räuberbande.

Ueberfall einer Räuberbande auf ein Gehöft. — Feuerkampf mit den Verbrechern.

Dürrenberg, den 25. Juni.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag drang eine fünfköpfige Räuberbande in das Gehöft des Landwirtes Knaute im benachbarten Spergau ein. Der Landwirt Knaute und dessen erwachsener Sohn wurden von der Bande überwältigt, gefesselt und in eine Kammer gesperrt. Die Räuber durchsuchten dann das Anwesen und raubten alles aus. Nach ihrer Tat fuhren die Räuber in der Richtung Dürrenberg davon.

Nach einer geraumen Zeit wurde es dem Vater möglich, sich und dann den Sohn von den Fesseln zu befreien. Die Verfolgung der Bande wurde sofort aufgenommen. In Lennewitz wurden die Verbrecher gestellt. Es entwickelte sich ein heftiger Kampf, in dessen Verlauf der Gemeindevorsteher Zeiger von Lennewitz am Kopf erheblich verletzt wurde. Nach schweren Mühen konnten drei der Banditen festgenommen werden, während die übrigen Mitglieder der Bande entkommen konnten.

Die Verbrecher sollen angeblich aus Raßnitz stammen.

Merseburg. Opern-Abend. Der längst geplante Opern-Abend soll nun doch noch zur Aufführung kommen, und zwar am 28. und, wenn nach dem Zuspruch nötig, noch am 29. Juni. Der Abend zerfällt in zwei Teile. Der erste wird ausgefüllt durch den Vortrag von Arien aus bekannten Opern („Iphigenie", „Madame Butterfly", „Ein Maskenball", „Sans Heiling") und dem Prolog aus „Bajazzo". Im zweiten Teil gelangt Mascagnis Oper „Cavalleria rusticana" zur Aufführung. Die Zeit des Umkleidens der Künstler zwischen dem ersten und zweiten Teil wird durch ein Streichquartett von Fritz Kraisler, gespielt von Mitgliedern des Gewandhausorchesters in Leipzig, ausgefüllt werden. Die Arien werden vorgetragen von dem ersten Bariton des Leipziger Stadttheaters, Ernst Possony, der Kammersängerin Louise Fladnitzer (Leipzig) und dem Kammersänger Hans Nittan (Dessau). Außer ihnen wirken noch in der Oper mit: Frl. Ida Warnath (ehem. Hofopernsängerin, Braunschweig), Ottmar Wolski (Mitglied des Bielefelder Stadttheaters) und Frl. Gertrud Bauer (Mitglied des Gärtner-Platz-Theaters München), sämtlich zurzeit gastierend in Leipzig. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Walter Schulze (Leipzig). Die Bühnenleitung Frau Toni Hesse-Meyer (Leipzig). Das Orchester wird gestellt von Mitgliedern des Gewandhausorchesters Leipzig und des hiesigen Philharmonischen Orchesters. Am Harmonium Bruno Sachse, am Klavier Fritz Busch. Letzterer hat auch die Chöre mit den Damen Merseburgs freundlichst eingeübt. Dieser Abend wird, schon infolge Mitwirkung einer Reihe bedeutender Künstler, einen besonderen künstlerischen Genuß bieten. Infolge der sehr hohen Kosten und da infolge des Orchesters zwei volle Reihen fortfallen müssen, mußte leider der bisherige niedrige Preis erheblich heraufgesetzt werden, und zwar auf 2600 Mk. Auch dieser Satz ist gegenüber den Preisen in Halle und Leipzig (6000 bis 18 000 Mk.) noch immer als sehr niedrig zu bezeichnen. Karten von Freitag dieser Woche an bei Stollberg.

Rossleben. Gemeindevertretersitzung. Vor Eröffnung der Sitzung wurde der Listennachfolger des ausgeschiedenen Vertreters Oberfteiger Eichbaum der Maurerpolier Hocker als Gemeindevertreter vom Ortsrichter durch Handschlag verpflichtet. Wie überall im Kreise, wurde auch hier eine Schiedsstelle für Pachtstreitigkeiten gebildet zur Entlastung des Kreispachteinigungsamtes. Die Zusammensetzung ist wie folgt bestimmt: Von Verpächterseite: Otto Römer, Reinh. Metz; von Pächterseite: Gottl. Berger, Gustav Müller und als Vorsitzender der Ortsrichter. Eine längere Debatte löste die Frage des Kinderfestes aus. Die Lehrerschaft, vertreten durch den Lehrer Horbat, wünschte die Festsetzung des Termins zur Abhaltung des Kinderfestes, um mit den Vorarbeiten beginnen zu können, befürwortete aber lieber einen Zuschuß aus Gemeindemitteln zu den geplanten größeren Ausflügen. Genosse Beulecke beantragte, wie alljährlich das Kinderfest auch in diesem Jahre wieder stattfinden zu lassen, und die aus freiwilligen Zeichnungen nicht gedeckten Unkosten aus der Neuanschaffungen erwachsen würden, das Kinderfest ausfallen treter Römer wegen der Geldkosten, die den Eltern anläßlich der Neuanschaffungen erwachsen würden, daß Kinderfest ausfallen zu lassen und dafür den Zuschuß zu den Ausflügen zu bewilligen. Die Vertretung beschloß mit Mehrheit hierauf, 300 000 Mk. aus dem Gemeindesäckel bereitzustellen. Ob damit der Wille der Mehrheit der Gemeindemitglieder Rechnung getragen ist, bleibt abzuwarten. Jedenfalls stehen wir auf dem Standpunkt, daß die „Mehrausgaben" für Kleidung anläßlich des Kinderfestes überhaupt nicht nötig sind und jeder seine Kinder so zum Fest schickt, wie es sonst — an Sonn- bzw. Festtagen ins — Kino — geht. Wer natürlich schon von vornherein denkt, daß es bei einem Kinderfest für Schulkinder zweierlei Bekandlung gibt, ärmere in weniger guten Sachen und reichere in besserer Kleidung, der sollte sich lieber erst gar nicht mit der Kinderfestfrage beschäftigen und ob die Ausflüge den Eltern nicht mehr kosten werden, dort aber der Unterschied sich bemerkbar machen wird, bleibt auch abzuwarten. Nun folgten die üblichen Erhöhungen. Antragsgemäß wurde die Entschädigung für den Steuererheber auf 250 000 pro Monat festgesetzt. Die Entschädigung für den Nachtwächter wurde auf 120 000 pro Monat und der „Lohn" der Gemeindearbeiter auf — 4000 Mk. pro Tag festgesetzt. Hoffentlich sterben die Zuletztgenannten nicht an Fettsucht. Endlich soll auch die Kirchenuhr wieder gangbar gemacht werden. Kleine hierzu notwendigen baulichen Veränderungen wurden genehmigt. Die Stelle eines Flurhüters soll ausgeschrieben werden.

Sangerhausen. Ein be„tautes" Haus. Der Magdeburger Farbenkünstler Taut hat auch auf Sangerhausen befruchtend gewirkt. Jedenfalls gibt es jetzt hier schon eine Reihe ganz netter Häuser (d. h. nur äußerlich). Die neueste Schöpfung ist der Farbenanstrich der Reichsbank. Der Außenanstrich hat als Grundfarbe Grün erhalten, mit weißen Umrahmungen der Fenster, rotsigroten Fensterläden und Türen. Das Wort „Reichsbank" leuchtet in roter Farbe auf grünem Grunde. . . . Ueberrascht ob der vielen republikanischen Farbenpracht im Innern des Gebäudes wird so mancher Deutschnationale die Reichsbank für die Zukunft meiden. Die bei der Reichsbank beschäftigten „Jungdos" und Väter der Hakenkreuzlerjugend werden demonstrativ die Stellen kündigen, kurz, in Sangerhausen werden die Beamten und Angestelltenstellen nur noch von Republikanern besetzt werden (oder auch nicht — denn Brot, auch republikanisches, schmeckt süß). — Wie mag dem deutschnationalen Malermeister Lademann zumute gewesen sein, als er die „Juden"farben anmalen mußte. Aber ich muß sagen: er hat seine Sache fein gemacht. R. M.

Großthiemig. Die Aufgaben unserer Gemeindeschwester. Die Liebige von der Kirchengemeinde ausgesuchte und von den Einwohnern des Dorfes bezahlte Gemeindeschwester befleißigt sich einer lebhaften Tätigkeit bei Einwohnern, die ihr noch etwas Besonderes zukommen lassen. Für die ärmere Bevölkerung ist die Schwester anscheinend nicht so da, wie es sein sollte. Es scheint sich aber dafür desto besser zur Gesellschafterin der Familie des Pfarres Krage zu eignen. Fast täglich werden Ausflüge unternommen, die dazu führen, daß in Fällen, in denen die Schwester benötigt wird, sie nicht anzutreffen ist. Wir hoffen, daß sich die Gemeindeschwester in Zukunft mehr der Kranken annimmt und ihre Tätigkeit als Gesellschafterin der Familie Krage aufgibt.

— Ein monarchistisches Barometer. Eine lebhafte monarchistische Propaganda des Turnvereins „Grüne Eiche", dessen Tätigkeit wir schon des öfteren unter die Lupe genommen haben, setzt wieder ein. Im Juli soll ein Turnfest stattfinden. Bisher mußte man bei allen Veranstaltungen dieses „Turnvereins" annehmen, daß er über die Tätigkeit der Rechtsputschisten gut unterrichtet sein muß. Denn die „Theaterabende", die „Bunten Abende" usw. trugen fast immer, wenn ein Rechtsputsch erfolgen sollte, den Charakter der rechtsbolschewistischen Politik. Die Abende waren indirekte Aufforderungen an die Besucher, im gegebenen Augenblick loszuschlagen. Sollte nicht auch im Juli ein Rechtsputsch in Aussicht stehen? Das Barometer der Tätigkeit des Turnvereins, die Aufforderung, nur schwarzweißrote Fahnen zu hissen, wessen deutlich darauf hin. Wir sind gespannt, wer dieser Parole Folge leistet. Walter Immer, der Turnwart des Turnvereins, erklärte, daß alle, die seiner Parole nicht Folge leisten, Kommunisten oder Sozialdemokraten seien. Leider gibt es immer noch Arbeiter, die diesem „Turnverein" angehören.

1784

Feurio!

Warum wäscht die Hausfrau mit Feurio?

Wäsche ist heute unersetzbar. Das Beste ist heute für sie gerade gut genug. Feurio Haushaltseife mit 80% Fett ist die beste Haushaltseife der Gegenwart, schont Wäsche und Haut und ist sparsam im Gebrauch.

Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.-G.

TRÜEB

Schiffbruch.

21] Roman von Margarete Schnitzler.

(Nachdruck verboten.)

Nein, Gesine sagte nichts. Aber sie fand, daß Julchens Liebe reichlich beredsam sei. Sie selbst hätte nicht ein Wort über Hinrich Jürgensen sagen können. Das trug sie verschlossen mit sich herum, und wenn die Mutter sie manchmal fragte: „Gesine, du hast irgend etwas, du bist öfter ganz wie geistesabwesend," dann konnte sie ungeduldig werden.

Sechs Wochen war sie nun schon zu Hause. Sie lernte mit brennendem Eifer, aber sie mußte einsehen, daß sie schlecht vorwärts kam. Ihre Finger waren für die Schreibmaschine nicht geschickt genug, und zornig gestand sie sich zu, daß die jungen, sechzehnjährigen Dinger, die den gleichen Kursus mit ihr nahmen, viel schneller vorankamen wie sie selbst. Mit der Stenographie haperte es auch sehr, und oft war Gesine ganz verzweifelt und dachte, daß es doch wohl besser gewesen, wenn sie in ihrer Stellung geblieben wäre.

Das Bargeld der Mutter schmolz auch mehr und mehr zusammen. Jeden Abend saßen die beiden Frauen und rechneten, machten Pläne, verwarfen sie wieder, trösteten sich gegenseitig und wagten es nicht auszusprechen, daß sie spätestens am 1. Juli vor dem Nichts stünden.

Wenn Gesine selbst eine Stellung bis dahin gefunden hatte, so brachte diese höchstens 90 Mk. monatlich. Was sollten sie damit anfangen zu sechs Personen!

Die Verwandten?

„Nein," sagte die Mutter, „mit denen ist nicht zu rechnen. Die haben mir nach ihrer Meinung bei Vaters Tod ein Königreich geschenkt. Denen darf ich vorerst nicht wieder kommen."

„Aber Tante Williams."

„Ja, gewiß, sie mag wohl ab und zu ein Goldstück geben, aber das hilft nicht hin und her. Ist ja auch keine Sache, mit der bestimmt zu rechnen ist."

Und eines Abends fiel der Name Mänckebrodt von den schmalen Lippen der Mutter, wie fragend, und doch wie mit einer zornigen Bestimmtheit

„Nein," schrie Gesine auf und streckte abwehrend beide Arme aus, „niemals!"

Die Mutter schwieg, aber auf ihren ausgemergelten Wangen brannten zwei abgezirkelte rote Flecken. Sie sprach dann später auch wieder ganz ruhig über allerhand häusliche Angelegenheiten. Aber kurz vor dem Zubettgehen holte sie sich Feder und Papier und fing an, etwas zu schreiben.

„Was schreibst du denn da?" fragte Gesine.

„Laß man," erwiderte abwehrend die Mutter in rauhem Tone und deckte die Hand über das Papier.

„Du schreibst doch nicht etwa an Mänckebrodt?" rief Gesine angstvoll.

„Nein," kam es mit bitterer Betonung zurück, und ihre Stimme klang spröde vor unterdrücktem Zorn, „sei ganz ruhig, an den schreibe ich nicht."

Das Mädchen zog erregt die verarbeitete Hand der Mutter von dem Geschriebenen fort. Und las, daß sich eine tüchtige Waschfrau den geehrten Herrschaften empfehle. Angebote unter A. Z. an die Expedition der Zeitung.

Gesine wurde leichenblaß und taumelte zurück, als ob sie einen Schlag erhalten hätte. „Mutter," stammelte sie, „das ist doch nicht dein Ernst?"

„Gewiß ist das mein Ernst," antwortete Frau Brandes.

„Du kannst doch nicht als Waschfrau gehen!"

Gesine schrie es beinahe und packte das Handgelenk der Mutter, als ob sie sie gleich davon zurückhalten müsse.

„Es wird mir wohl weiter nichts übrigbleiben, mein Kind," sagte Luise ruhig. „Soll ich um Armen-Unterstützung einkommen? Oder soll ich jeden Ersten bei den Verwandten reihum betteln gehen?"

„Aber es gibt doch noch andere Arbeit! Doch nicht gerade Waschfrau, Mutter!"

„Ich kann nichts anderes, Gesine. Oder weißt du etwas Besseres?"

„Du hälst das ja auch körperlich nicht aus, Mutter."

„Ich werde es wohl müssen."

„Nein, Mutter, das ertrage ich nicht." Die Tochter stieß die Worte leidenschaftlich hervor, stampfte mit dem Fuße auf und krampfte erregt die Hände zusammen.

Frau Brandes sah das Mädchen lange mit großen, gleichmütigen Augen an.

„Nein," sagte sie dann höhnisch, „du erträgst das nicht. Du bist immer sehr bei der Hand mit deinem Nichtertragen. Aber ich, ich muß. Ich hab' immer müssen. Ich muß auch jetzt."

Damit wandte sie sich um, packte das Flickzeug zusammen und ging in das Schlafzimmer.

Gesine sank wie vernichtet auf das Sofa. Die Scham brannte ihr in glühenden Malen auf dem Gesicht. Das also war ihre Zukunft. Sie als Schreibmamsell in irgendeinem Bureau und die Mutter — Waschfrau. Immer tiefer würde es gehen. Heta würde dann jedenfalls Dienstmädchen werden und Karl Hafenarbeiter. Annchen ergriff vielleicht den Beruf einer Bollwerksdirne und Friedleif endete gar im Gefängnis. Oh — herrliche Zukunftsaussichten! Der Stern des Hauses Brandes zu leuchtender Höhe aufsteigend! Bevorzugt von den Verwandten — umschmeichelt von den Freunden — geehrt von den Fremden!

Mit einem hysterischen Auflachen stand Gesine auf und ging zur Mutter.

„Mutter," sagte sie, und es klang förmlich drohend, „daß du morgen nicht etwa die Annonce aufgibst. Es wird sich schon ein anderer Ausweg finden."

18. Kapitel.

Gesine lag mit brennenden Augen und sah auf das Fensterkreuz, das sich dunkel von der Morgendämmerung abhob, die draußen langsam aufkroch. In rastlosem Hin und Her kreisten ihre Gedanken. Was sollte sie tun? War es ihre Pflicht, sich für Mutter und Geschwister zu opfern? Ja, aber — wollte es ehrlich in ihr auf — war es denn wirklich ein Opfer? Dachte sie nicht ebensogut an sich und die eigene Zukunft, wenn sie Mänckebrodt heiratete?

Saß es sich nicht besser im eigenen Heim auf gepolstertem Stuhl als vor der klappernden Schreibmaschine eines fremden Bureaus?

Doch wenn sie sich dann vorstellte, daß Mänckebrodt sie in die Arme nahm, so wie sie es sich in heißen Träumen von Jürgensen ausgemalt, dann überkam sie ein Angstgefühl. Aber vielleicht war er gar nicht so schlimm, vielleicht gewöhnte sie sich an ihn. Man gewöhnt sich ja wohl an so vieles im Leben.

Ja — wenn Jürgensen ledig gewesen wäre, dann hätte keine Welt sie zu einer anderen Heirat zwingen können, dachte Gesine und glaubte es wirklich selbst. So aber — auf wen wollte sie warten? Wer würde sie nehmen mit ihrem ganzen Familienanhang?

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230625-14/fragment/page=0006